

stuttgart liberal

Das Mitgliedermagazin der FDP Stuttgart



**UNSERE SPITZENELF
FÜR DIE KOMMUNALWAHLEN
AM 9. JUNI 2024**

**Freie
Demokraten**
Stuttgart **FDP**

AUS DEM KREISVERBAND

**DER WAHLKAMPF
KANN
BEGINNEN!**

AUS DEM LANDTAG

**INDIVIDUELLE MOBILITÄT
UND JOBS
IM LAND SICHERN**

AUS DEM BUNDESTAG

**POLITISCHE
BILDUNGSFAHRTEN
NACH BERLIN**

VORWORT

**03 BEGRÜßUNG DES
FRAKTIONSVORSITZENDEN**

AUS DEM KREISVERBAND

**04 BERICHT ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG
AM 25. MÄRZ 2024**

**06 GESPRÄCHE ZU FACHKRÄFTEMANGEL,
EINWANDERUNG UND MIGRATION**

**09 DER WAHLKAMPF KANN BEGINNEN,
MACHEN SIE MIT!**

**10 UNSERE ZENTRALEN WAHLKAMPFSTÄNDE –
MACHEN SIE MIT, SEIEN SIE DABEI!**

**11 PODIUMSDISKUSSION ZUR CHANCENGLEICHHEIT
IN DER BILDUNG**

AUS DEN STADTGRUPPEN

14 WAHLKAMPF IN MITTE/SÜD

15 PREMIERE GELUNGEN, FORTSETZUNG FOLGT!

**16 JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER STADTGRUPPE
NORD MIT VORSTANDSWAHLEN**

16 VORSTANDSWAHLEN IN VAIHINGEN

17 NEUER VORSTAND IN SILLENBUCH

AUS DEM GEMEINDERAT

18 EIN ABEND IM GEISTE DER FREIHEIT

AUS DER REGION

**21 REGION STEHT VOR GROßEN
HERAUSFORDERUNGEN**

AUS DEM LANDTAG

**22 VON UNNÖTIGEN RADWEGEN UND
ZU VIELEN WILDSCHWEINEN**

**25 INDIVIDUELLE MOBILITÄT UND
JOBS IM LAND SICHERN**

28 AUS FÜR VERBRENNER-AUS UMSETZEN

AUS DEM BUNDESTAG

**30 DEMOKRATIE HAUTNAH ERLEBEN:
POLITISCHE BILDUNGSFAHRTEN NACH BERLIN**

AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN

32 FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE!

VERANSTALTUNGEN

34 TERMINE IM 2. QUARTAL 2024

35 UNSERE VERSTORBENEN



Titelfoto: Christian Göhler

Herausgeber: FDP-Kreisverband Stuttgart › V.i.S.d.P.: Gabriele Reich-Gutjahr

Anschrift: Weißenburgstraße 29, 70180 Stuttgart, Telefon: (0711) 621584

Anzeigen an: redaktion@stuttgart-liberal.de › Satz und Layout: Steffen Schneider

stuttgart liberal erscheint viermal im Jahr und wird für die Stuttgarter FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert.

BEGRÜßUNG DES FRAKTIONSVORSITZENDEN



Dr. Matthias Oechsner
Fraktionsvorsitzender FDP-Gemeinderatsfraktion

Liebe Freunde der Freiheit,

vor fünf Jahren sind wir gemeinsam in den Stuttgarter Kommunalwahlkampf 2019 gestartet. Und jetzt stehen wir vor dem Wahlkampf 2024. Man mag es kaum glauben. Kaum zu glauben? Die Zeit verging wie im Flug. Umso wichtiger ist es, innezuhalten und auf Meilensteine der vergangenen Legislatur zurückzublicken. Eines steht bei dieser kleinen Bilanz jetzt schon fest: Es wird zunehmend anspruchsvoller, politische Positionen im Gemeinderat wirkungsvoll zu positionieren.

Denn acht Fraktionen, oft zusammengewürfelt aus einer Vielzahl an Wahlvorschlägen, versuchen mit unterschiedlichen, meist linken Vorstellungen die Geschicke der Stadt zu lenken. Die einseitige Ausrichtung tut einem aufrechten Demokraten manchmal in der Seele weh. Denn die öko-linke Mehrheit im Rat repräsentiert nicht die Meinungsmehrheit der Stadtgesellschaft. Ein Beispiel: Wir aktuell vier liberalen Stadträte haben vor fünf Jahren 143.646 Stimmen gewonnen. Das sind nahezu doppelt so viele Stimmen wie die Fraktion Puls gewonnen hat, bei gleich vielen Sitzen. Allein daran sieht man, welche Blüten dieses Wahlrecht treibt.

Obwohl wir gegenüber 2014 deutlich zulegen konnten und mit fünf Stadträten in den Gemeinderat eingezogen sind, konnte die Phalanx der Öko-Sozios nicht gebrochen werden. Das Ergebnis der anderen Parteien aus der politischen Mitte war zu bescheiden. So blieb uns oft nur eines: liberale Akzente zu setzen. Hervorzuheben ist dabei unser Kraftakt, eine Erhöhung der Realsteuern zu verhindern. Kraftakt deshalb, weil eine lange Zeit der Legislatur von der Corona-Pandemie überschattet war und die finanzielle Situation der Stadt bedrohlich auf der Kippe stand. Das nährte den Wunsch vieler Linken, an der Steuerschraube zu drehen.

Ein weiterer Achtungserfolg waren unsere Interventionen bei den bürgernahen Ämtern. Auf unsere Initiative hin kam es unter der Leitung von OB Dr. Frank Nopper zu einer Task Force, um die nicht hinnehmbaren Zustände bei den Ämtern zu verbessern.

Selbstredend begleitet uns das Thema Digitalisierung der Verwaltung ständig. Und weil unser steter Tropfen den analogen Stein der Verwaltung höhlt, kam es zu millionenschweren Investitionen in die Digitalisierung und in die Ausstattung der Schulen. Auch beim Thema Wege, Straßen und Stäffele konnten wir unsere Vorstellungen einer deutlichen Erhöhung der Unterhaltsmittel durchsetzen.

Und natürlich geht uns die Arbeit nicht aus. Viele Aufgaben, die in der Stadt anstehen, könnten mit einer liberalen Haltung bedeutend schneller, effizienter und bürgernäher umgesetzt werden. Zum Beispiel die Sanierung der Oper, die Verwendung des Kaufhof-Areals an der Eberhardstraße und natürlich eine faire Umsetzung der Grundsteuerreform. Wie die Digitalisierung so sind auch individuelle Mobilität, Parkraummanagement, Migration und die Modernisierung der Verwaltung Dauerthemen, die dringend liberale Ansätze brauchen.

Daher lohnt es sich, wenn sich jeder einzelne Liberale im Wahlkampf engagiert, kämpft, diskutiert und die Menschen überzeugt. Von der Notwendigkeit einer starken liberalen Stimme der Freiheit im Stuttgarter Gemeinderat.

Ihr
Dr. Matthias Oechsner

BERICHT ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG AM 25. MÄRZ 2024



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Die Kreisvorsitzende **Gabriele Reich-Gutjahr** berichtete über die zurückliegenden 12 Monate. Den Mitgliedern war die Übersicht über die Aktivitäten ebenso wie der Finanzbericht mit der Einladung bereits zugegangen. Im Mittelpunkt der Arbeit standen die Vorarbeiten für die Wahlen zum Gemeinderat, Regionalparlament und zu Europa. Sie dankte allen, die daran federführend mitgewirkt haben: **Volker Weil** als Leiter der Wahlkampfkommission, **Eric Neumann** und **Charlotta Eskilsson** als Leitung der Programmkommission, **Dr. Cornelius Hummel** als Leiter Social-Media und für die Bereitstellung von Schulungen für Kandidierende gemeinsam mit Eric Neumann. Die Finanzen hatte **Michael Marquardt** fest im Griff, nicht zuletzt durch seine konsequente Arbeit in allen Aspekten der Aufgabe.

Die Arbeitskreise Mobilität sowie Bildung haben mit öffentlichen Aktivitäten liberale Sichtweisen in die Breite getragen sowie – ebenso wie der Arbeitskreis Digitales – zur internen Positionierung in der Partei zu wichtigen Themen beigetragen.

Bedauerlich ist der Rückgang bei der Mitgliederzahl auf 708. Die meisten Austritte erfolgten von Mitgliedern mit weniger als 4 Jahren Zugehörigkeit. Diese wollen wir verstärkt aktiv ansprechen durch die Stadtgruppen und für ein persönliches Kennenlernen gewinnen. Der Neumitgliedertreff auf dem Frühlingsfest bietet eine gute Möglichkeit dazu. Es schloss sich der Bericht des Schatzmeisters an. Bei Enthaltung des Vorstands wurde der Vorstand einstimmig entlassen.



→ **Judith Skudelny, MdB, Dr. Matthias Oechsner (Gemeinderat), Friedrich Haag, MdL und Gabriele Reich-Gutjahr**

In ihrer Rede ging die Kreisvorsitzende auch auf den Einfluss der politischen Arbeit in Europa, Bund und Land auf die anstehenden Wahlen ein. Der Rückenwind fehlt, obwohl gerade die FDP in der Bundesregierung viel erreicht hat:

- › das größte Steuerentlastungspaket in den letzten Jahrzehnten;
- › Abbau von Hürden, damit Infrastrukturprojekte schneller umgesetzt werden können
- › Ordnung in die Migrationspolitik gebracht
- › Deutschland-Ticket
- › EU-Regelungen zum Lieferkettengesetz und zum Verbrenner in Verbesserungsschleifen geführt

Sie forderte alle Mitglieder auf, nun die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen – privat, an Wahlkampfständen, bei Veranstaltungen und im Kollegenkreis – und diese Erfolge sichtbar zu machen.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten **Judith Skudelny, MdB, Friedrich Haag, MdL** und **Dr. Matthias Oechsner** Gemeinderatsfraktion:

„Herausforderungen in der Zusammenarbeit von Europa, Bund, Land und Kommunen – wer nimmt wie Einfluss auf die Entscheidungen? Und was bedeutet es für die Arbeit vor Ort?“

Beleuchtet wurden die Themen ‚Green Deal‘, ‚Europäisches Lieferkettengesetz‘, ‚Agrarwirtschaft‘ und natürlich das Thema ‚Flüchtlingspolitik‘. Gerade das Thema Flüchtlinge ist vor allem in den Kommunen zu bewältigen, die Zuweisungen nach dem Königsteiner Schlüssel erhalten. Umso wichtiger ist es, durch die (zwischenzeitlich erfolgte) Neureglung der Migrationspolitik in Europa aussichtslose Asylbewerber (insbesondere aus sicheren Herkunftsländern) schon an der Grenze zu identifizieren und zu prüfen. Ebenso wichtig ist es, dass jedes EU-Land seinen Beitrag leistet. Nur so können die Kommunen entlastet werden. Die Bezahlkarte (mittlerweile beschlossen) soll die generelle Attraktivität nach Deutschland zu kommen, senken.

Ihr Credo zum Schluss:

„Es ist wichtig, dass wir Liberalen an der politischen Weichenstellung auf allen Ebenen mitwirken.“

Unser Ziel ist es, mit einer starken Mannschaft in den Gemeinderat, die Regionalversammlung und in Europa einzuziehen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür in den kommenden Wochen kämpfen!“

Ihr zentraler Anlaufpunkt für alle, die die liberale Botschaft wirkungsvoll verbreiten wollen! Bei uns erwarten Sie nicht nur traditionelle Werbeatikel wie Stofftaschen, Aufkleber und Grußkarten, sondern auch speziell zugeschnittene Produkte für effektive Wahlkampfaktionen vor Ort – ob es nun Bauzaunbanner, Hohlkammerplakate oder Großflächenplakate sind.

Planen Sie einen Infostand oder einen Kongress? Dann finden Sie bei uns das passende Equipment. Unsere Produktpalette reicht von Tischaufstellern über Visitenkarten bis hin zu Rollups, Messewänden und Falztelten. Alles im aktuellen Design der Freien Demokraten, Jungen Liberalen, Liberalen Mittelstand und Liberalen Frauen.

Das Beste daran: Sie haben die Wahl zwischen einem vorhandenen Layout oder einem Design, das individuell nach Ihren Vorstellungen und Wünschen gestaltet wird. Und keine Sorge – wir begleiten Sie durch den gesamten Bestellprozess, von der Auswahl bis zur Abwicklung.

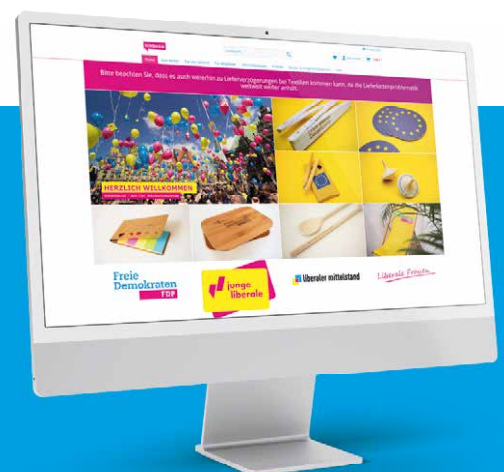
Entdecken Sie die Vielfalt und die Möglichkeiten, die unsere Produkte und Dienstleistungen Ihnen bieten, und tragen Sie die liberale Botschaft mit Stolz in die Welt hinaus. Wir freuen uns darauf, Sie auf www.thinkliberal.de zu begrüßen!

Freie Demokraten
FDP



Liberale Frauen

liberaler mittelstand
Bundesvereinigung



*thinkliberal.de ist ein Produkt der
BTW MARKETING® Werbeagentur | Digital, Marketing, Design
Steinstraße 14 | 59368 Werne
Telefon: 0 23 89 / 9261-170 | info@thinkliberal.de*

GESPRÄCHE ZU FACHKRÄFTEMANGEL, EINWANDERUNG UND MIGRATION MIT FRAU DR. JURISCH, MDB



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Ende Februar besuchte ich mit Frau **Dr. Ann-Veruschka Jurisch**, FDP-Bundestagsabgeordnete aus dem Konstanzer Raum, Unternehmen und Organisationen in Stuttgart. In der FDP-Bundestagsfraktion ist sie zuständig für den Themenbereich Fachkräfteeinwanderung und Migration.

Zunächst ging es zum **Bäcker Frank**. Begleitet wurden wir dabei auch von **Friedrich Haag, MdL**. Bäcker Frank beschäftigt als Azubis zwei Männer und eine Frau aus Marokko und einen Mann aus Tunesien in seinem Betrieb. Sein unglaubliches Engagement, um für sie eine Arbeitserlaubnis zu erhalten und sie zu betreuen, hat uns sehr beeindruckt. Sein Motiv: ich finde seit Jahren keine Azubis mehr in Deutschland. Sein erster Azubi aus Marokko war ein junger Mann mit 19 Jahren, der ihn per Mail angeschrieben hatte. Gemeinsam sind sie durch die vielfältigen Vorarbeiten bis zur Ankunft gegangen. Dann kamen die Themen Wohnungssuche (nah zur Bäckerei, denn der Tag beginnt um 2 Uhr morgens), Sprachförderung, Berufsschule. Alles hat Herr Franck mit Herzblut gemeistert. Ein echter Unternehmer, der zeigt, was geht, wenn man will. Dann ging es, begleitet zusätzlich von unserer Gemeinderätin **Doris Höh**, ins Klinikum Stuttgart. Der Pflegedirektor Herr Hummel sucht jedes Jahr rund 300 Personen für seine Ausbildungseinrichtung in der Pflege und in anderen Bereichen. Dazu sucht er mittlerweile verstärkt auch im Ausland. Gezielt in Ländern, deren Kultur Integration einfacher macht: Westbalkan, Marokko, Tunesien. Sie werden dabei unterstützt durch den Internationalen Bund (IB). Das Verfahren wird vor Ort mit einem Sprachunterricht eingeleitet, bis Sprachlevel B2 erreicht ist. Auch in seiner Erfahrung sind die Ausländerbehörden ein Nadelöhr. Er sprach vielfältige Aspekte an, bei denen weiterer Handlungsbedarf besteht, insbesondere im Aufenthaltsrecht. Als

sehr hilfreich für die Integration bewertet er das Welcome-Center am Charlottenplatz. Abschließend sprachen wir bei der IHK Region Stuttgart mit der Hauptgeschäftsführerin Frau **Dr. Herre**, und dem Vorstandsmitglied **Dr. Pilgrim**. Auch in der Industrie fehlt es an Fachkräften. Klar ist, dass der Bedarf nur durch die stärkere Arbeitsbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen und Migration gedeckt werden kann. Zur Unterstützung der Abwicklung bei der Migration stellen die IHK und die Handwerkskammer Region Stuttgart derzeit vier Personen zur Verfügung, die sich um das beschleunigte Verfahren kümmern. Dadurch sollen die Ausländerbehörden in der Region entlastet werden, da alle Unterlagen vorab geprüft und dann erst eingereicht werden. Dadurch verkürzt sich die Bearbeitungszeit in der Ausländerbehörde auf 2 bis 3 Tage. Wir erfuhren auch, dass bereits im Juni 2023 parteiübergreifend Einigkeit bestand im Landtag, dass eine zentrale Ausländerbehörde für Fachkräfteeinwanderung in Baden-Württemberg geschaffen werden soll. Allerdings fehlt es bisher im Kabinett an der Einigkeit, ob diese im Sozialminister oder Justizministerium angesiedelt wird.

Die im November 2023 im Bund beschlossenen Neuregelungen hinsichtlich der Arbeitskräfte-Einwanderung, die in verschiedenen Stufen in Kraft treten, wurde sehr begrüßt. Nun muss Exekutive Qualität vor Ort aufgebaut werden. Die IHK unterstützt Unternehmen bei Fragen zur Mitarbeitersuche im Ausland, zur Begleitung im Einwanderungsprozess sowie zur Integration in Deutschland. Frau Dr. Jurisch nahm zahlreiche Fragen mit und gab zeitnah Rückmeldung an die verschiedenen Gesprächsteilnehmer. Einmal mehr zeigte sich wie wichtig das Gespräch vor Ort ist. Was sich alles getan hat durch die Ampelregierung finden Sie im nachfolgenden Kasten!

MIGRATION: WAS WIR ERREICHT HABEN

Einwanderung in den Arbeitsmarkt erleichtern – irreguläre Migration zurückdrängen

AUSGANGSLAGE 2021:

„Wir schaffen das!“ – Einwanderung von mehr als 1,5 Millionen* Menschen auf dem Fluchtweg in den Jahren 2015 bis 2017 (*Zahl der Erstanträge auf Asyl)

Aber: Keinerlei Aufbau eines Instrumentenkastens zum Umgang mit neuen Migrationswellen

Verhinderungspolitik in der Arbeitseinwanderung (fehlende Digitalisierung; komplizierte Anerkennungsverfahren; hohe Hürden)

DAS WURDE IN DEN LETZTEN 18 MONATEN ERREICHT: DIE UMFASSENDSTEN NEUREGELUNGEN IM BEREICH DER MIGRATION IN DEN LETZTEN JAHRZEHNEN!

Chancenaufenthaltsgesetz: Bereinigung von Altfällen aus der Fluchtbewegung 2015-2017 – Menschen wird der Weg zu einem dauerhaften Verbleib im deutschen Arbeitsmarkt geebnet

Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz: Abbau von Verfahrensschleifen; Einführung von länderbezogenen Leitentscheidungen (Beschleunigung; Konsistenz)

Sichere Herkunftsstaaten: Georgien und Moldau (Anerkennungsquoten <1%; Anteil an den abgelehnten Asylbewerbern rund 10%); weitere in Planung. Kopplung an entsprechende Migrationsabkommen nötig, weil sonst nicht abgeschoben werden kann.

Migrationsabkommen: Sonderbeauftragter Joachim Stamp (FDP) hat 3 abgeschlossen (Indien, Georgien, Marokko), 5 weitere in Vorbereitung (Moldau, Kolumbien, Usbekistan, Kirgisistan, Kenia) Im Vergleich: CDU-Innenminister Seehofer hat in seiner Zeit lediglich eines abgeschlossen.

Bezahlkarte: Eine Forderung der FDP wird nun flächendeckend in Deutschland eingesetzt. Damit wird Geldtransfer an Schlepper aber auch in die Heimatländer abgestellt und hohe Verwaltungskosten eingespart. Hätte Baden-Württemberg auch schon zuvor einführen können, hat es aber unterlassen.

Rückführungsverbesserungsgesetz: Abbau von Abschiebungshindernissen in der Praxis (u.a. einfacherer Zutritt zu Räumen; Dauer Ausreisegewahrsam erhöht), schnellere Abschiebung von Straftätern

Leistungsverringerung: Asylbewerber, deren Verfahren länger dauern, erhalten erst nach 36 Monaten – anstatt wie bisher schon nach 18 Monaten – mehr Leistungen. Sachleistungen werden jetzt voll angerechnet.

Haushaltsgesetz: Trotz Schuldenbremse Mittel für 1.160 neue Stellen (343 Stellen + 817 weitere Kräfte) im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Beschleunigung der Verfahren. Mittel für eine umfassende Digitalisierung des Ausländerzentralregisters, die in der Vergangenheit liegengelassen wurden.

Staatsangehörigkeitsrecht: Höhere Anforderungen an die Einbürgerung – volle Lebensunterhaltssicherung, anders als offensichtlich in der Vergangenheit können Antisemiten und Rassisten nicht mehr eingebürgert werden. FDP-Forderung der Bündelung der Verfahren in einer Behörde wird derzeit geprüft.

Prüfung von Asylverfahren in Drittstaaten: FDP-Fraktion im Bundestag hält den Druck hoch, dass hier alle Optionen geprüft und die Ergebnisse zeitnah der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Reform EU-Asylsystem (GEAS): Erfolgreiche Begleitung eines historischen Reformpakets, das insbesondere Außengrenzverfahren, bessere Verteilung in der EU und Angleichung der Anerkennungskriterien beinhaltet wird. Hier kommt es nun auf eine menschenrechtskonforme Umsetzung an, die aber möglich ist.

Fachkräfteeinwanderungsgesetz: Einführung eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild (FDP-Forderung; Inkrafttreten Juni 2024) und weitere umfassende Erleichterungen, die Arbeitseinwanderung deutlich vereinfachen und attraktiv machen. **Dafür gab es viel Lob aus der Wirtschaft!**



→ v.l.n.r.: Friedrich Haag, MdL, Bäcker Frank, Kreisvorsitzende Gabriele Reich-Gutjahr und Dr. Ann-Veruschka Jurisch, MDB

NUN MUSS AUCH DIE SCHWARZ-GRÜNE LANDESREGIERUNG VON BADEN-WÜRTTEMBERG LIEFERN!

- › Weniger Verteilung von Geflüchteten mit unklarer Bleibeperspektive aus den Landeserstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen! Endlich Einhalten des Regelfalls laut Gesetz! Dazu sollte das Land die bestehenden Kapazitäten besser nutzen. Derzeit betragen die Belegungsraten 53 bis 70%.
- › Mehr Personal in die Landesverwaltungsgerichte: Ein wichtiger Schlüssel für kürzere Aufenthaltszeiten sind schnellere Gerichtsverfahren in Asylsachen vor den Verwaltungsgerichten. Die Verfahrensdauer in Baden-Württemberg betrug im Jahr 2023 durchschnittlich 11,0 Monate (Vergleich Rheinland-Pfalz: 4,7 Monate).
- › Bezahlkarte im Land schnell einführen.
- › Zusätzliche, dezentrale Abschiebehaft- und Ausreisegewahrsamplätze in bestehenden Haftanstalten schaffen: Das spart Arbeitszeit bei der Polizei, die Abzuschleppende jeweils mit mind. 2 Beamten/innen nach Pforzheim begleiten müssen.
- › Zügige Schaffung einer zentralen Ausländerbehörde als Servicestelle für die Arbeitsmigration: Entlastung der kommunalen Ausländerbehörden (Beschleunigung; Bündelung der Fachkenntnis Arbeitseinwanderung). Ist schon seit Monaten angekündigt!

Alle Maßnahmen auf den Ebenen Bund und Land wirken im Zusammenspiel. Deshalb ist es so wichtig, dass alles Vereinbarte auch zügig umgesetzt wird!

DER WAHLKAMPF KANN BEGINNEN – MACHEN SIE MIT!



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Pünktlich zum offiziellen Start am 28. April sind alle Vorarbeiten für den Wahlkampf abgeschlossen.

Sie finden unsere Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeinderat, Region und Europa sowie unser Wahlprogramm in einer Kurz- und einer Langfassung online auf unserer Website unter ‚Wahlen‘ <https://www.fdp-stuttgart.de/wahlprogramm-2024/>

Beim Langprogramm haben wir je eine Rubrik „Gut zu wissen“ eingefügt, die Sie in Gesprächen gut nutzen können. Das Kurzprogramm erhalten Sie mit dieser Ausgabe von Stuttgart Liberal. Mit einem 60er-Prospekt werden Anfang Mai alle Haushalte, die Werbung zulassen, informiert. Erstwähler werden angeschrieben mit einem spezifischen Flyer. An 2.500 Stellen im Stadtgebiet sowie auf 42 Großflächen werden wir mit Plakaten für unsere Positionen werben. Mit Themenplakaten werden wir auf zentrale Anliegen aufmerksam machen. Diese sind:

<p>Firmen brauchen Aussichten. Keine Aktenberge. Zukunft von hier.</p>  <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Bauen muss man wollen. Dann geht was. Zukunft von hier.</p>  <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Freiheit denkt übers Heute hinaus. Zukunft von hier.</p>  <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Freiheit hat 4 Räder. Oder 2. Oder Schienen. Oder Füße. Zukunft von hier.</p>  <p>Freie Demokraten FDP</p>
<p>Verlieren wir bei der Mobilität nicht den Anschluss. Zukunft von hier.</p>  <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Lösungen schaffen, statt Probleme verwalten. Zukunft von hier.</p>  <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Der Zukunft ist egal, woher die klugen Köpfe kommen. Zukunft von hier.</p>  <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Jede Innenstadt hat das Recht zu boomen. Zukunft von hier.</p>  <p>Freie Demokraten FDP</p>

→ Die Themen der diesjährigen Plakat-kampagne des Kreisverbands

UNSERE ZENTRALEN WAHLKAMPFSTÄNDE – MACHEN SIE MIT, SEIEN SIE DABEI!



Wolf Dieter Dallinger
Beisitzer Kreisvorstand



Dr. Ulrich G. Schnabel
Stv. Stadtgruppenvorsitzender Plieningen/Birkach

Der Wahlkampf tritt in die heiße Phase ein. Neben den Ständen der Stadtgruppen in den Stadtbezirken wird es auch sechs zentrale Infostände auf dem Schlossplatz und in der Kirchstraße geben. Da die Stadtgruppen ihre Stände zumeist am Samstagvormittag durchführen, haben wir die zentralen Stände, soweit sie samstags stattfinden, auf den Nachmittag gelegt. Jedes Mitglied und jeder Kandidat des Kreisverbandes ist an den zentralen Ständen herzlich willkommen! Sprechen Sie mit den Wählern auf dem Schlossplatz! Werben Sie für unsere liberale Politik! Die Organisatoren freuen sich über Unterstützung!

Bereits am Samstag, den 20. April fand der erste zentrale Infostand auf dem Schlossplatz statt. Organisiert von der

Stadtgruppe Mitte/Süd. Der Kreisverband bedankt sich recht herzlich bei den Organisatoren und Teilnehmern an den zentralen Ständen wie auch den vielen Ständen in den Stadtbezirken!

STAND ZUR WAHLKAMPFVERANSTALTUNG DER BUNDESPARTEI

Am Montag, den 3. Juni von 17.00–19.30 Uhr findet eine Wahlkampfveranstaltung der Freien Demokraten mit **Christian Lindner, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Andreas Glück** und weiteren in Stuttgart statt. Am begleitenden Infostand werden wir voraussichtlich mit Helfern und Kandidaten vertreten sein können. Genauere Informationen dazu liegen noch nicht vor.

ZENTRALE INFOSTÄNDE

- » Thema Digitalisierung der Verwaltung, Samstag, 4. Mai, 14.30–17.30 Uhr, Schlossplatz beim Wittwer. Organisiert von der SG Plieningen/Birkach.
- » Thema Mobilität, Samstag, 11. Mai, 14.30–17.30 Uhr, Schlossplatz beim Wittwer. Organisiert vom AK Mobilität.
- » Zentraler Infostand, Dienstag, 14. Mai, 10–13 Uhr, Kirchstraße/Ecke Stiftstraße. Organisiert von der SG Nord.
- » Thema Bildung, Freitag, 7. Juni, 15–17 Uhr, Schlossplatz beim Wittwer. Organisiert von den Jungen Liberalen.
- » Zum Abschluss des Wahlkampfes, Samstag, 8. Juni, 14.30–17.30 Uhr, Schlossplatz beim Wittwer. Organisiert von der SG Neckarvororte.



→ **Michael Mehling, Wolf Dieter Dallinger, Prof. Dr. Karl Stahr, Heike Krcmar, Ben Zimmermann, Armin Serwani, Dr. Cornelius Hummel, Dajana Hummel, Juliane Becker, Bruno Zoller und Klara Fischer am ersten zentralen Infostand am 20. April 2024 auf dem Schlossplatz**

PODIUMSDISKUSSION ZUR CHANCENGERECHTIGKEIT IN DER BILDUNG



Brigitta Haak
Beisitzerin im Kreisvorstand

Seit dem PISA-Schock vor mehr als 20 Jahren hat sich im deutschen Bildungssystem wenig getan, insbesondere mit Blick auf die nach wie vor ungleiche Verteilung der Bildungschancen: Zahlreiche Studien belegen, dass Kinder aus bildungsfernen und ärmeren Familien stark benachteiligt sind und die soziale Herkunft nach wie vor entscheidend für den Bildungsverlauf in Deutschland ist. Bildung ist Ländersache. Baden-Württemberg ist in den letzten 10 Jahren im Bildungsmonitor auf einen Mittelplatz abgerutscht, deutlich hinter Sachsen, Bayern, Thüringen und Hamburg, knapp vor dem Saarland (Quelle: Bildungsmonitor 2023)

Doch wie kann die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem endlich verbessert werden? Welche politischen Ansätze gibt es und welche konkreten Maßnahmen können helfen, das in der Landesverfassung von Baden-Württemberg garantierte Bildungsversprechen „weltbeste Bildung und klare Aufstiegschancen für alle Kinder“ wieder zu erneuern? – Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion „Chancengerechtigkeit durch Bildung!“, zu der der FDP-Kreisverband Stuttgart am 7. März in die Merz-Schule nach Stuttgart-Degerloch eingeladen hatte. Neben **Dr. Timm Kern**, Gymnasiallehrer und bildungspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Fraktion im Stuttgarter Landtag stellten Schulleiter **Dr. Frederik Merz** und **Detlef Storm**, Schulleiter der Rosensteinschule, Grund- und Werkrealschule in Stuttgart-Nord, ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Ansätze vor. Als Vertreter der Schülerschaft nahm **Stefan Fischer** als Sprecher des Stuttgarter Jugendgemeinderats an der Podiumsdiskussion teil, die unter der Moderation der beiden Vorsitzenden des AK Bildung im FDP-Kreisverbands Stuttgart, **Klara Fischer** und **Tobias Burk**, in der Bibliothek der Merz-Schule stattfand.



Tobias Burk
Sprecher AK Bildung

Die Vorsitzende des FDP-Kreisverbands Stuttgart, **Gabriele Reich-Gutjahr**, hob in ihrer Begrüßung die Bedeutung des Themas „Chancengerechtigkeit durch Bildung“ hervor: „Bildung ist der Schlüssel für ein gelingendes Leben und hat deshalb nicht nur eine immense Bedeutung für jeden Einzelnen, sondern auch für uns als Gesellschaft. Für uns ist dabei der Meister genauso wichtig und wertvoll wie der Master.“

Ziel der Bildungspolitik müsse es sein, „junge Menschen mit dem nötigen Rüstzeug auszustatten, um bestmöglich die Hürden des Lebens zu meistern und mit schwierigen Situationen umgehen zu können“, betonte auch FDP-Bildungsexperte Dr. Timm Kern. „Wir brauchen ein Schulsystem, das junge Leute nicht nur top ausbildet, sondern auch in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stärkt,“ so Kern: „In unserem Bildungssystem wird der Grundstock dafür gelegt, ob man später im Sozialsystem landet oder beruflich seinen Weg geht.“

„Als Pädagogen müssen wir nicht nur den Lernerfolg der Kinder im Blick haben, sondern auch die gesellschaftliche Weiterentwicklung und Demokratiebildung,“ unterstrich Dr. Frederik Merz. „Wir dürfen die Kinder nicht auf ihren Notendurchschnitt in Mathe und Deutsch reduzieren“, betonte er mit Blick auf die Grundschulempfehlung in Klasse 4, die seiner Meinung nach für viele Kinder zu früh kommt: „Wir sind im deutschen Bildungssystem Spitzenreiter in puncto Selektion. Aber dies ist die rote Laterne für soziale Gerechtigkeit.“ Dadurch, dass man in der Merz-Schule die Klassen 4 bis 6 „als Orientierungsstufe“ betrachte, könnten auch Kinder mit schlechteren Noten, bei denen die Pädagogen ein Entwicklungspotenzial sehen, nach Klasse 4 aufs Gymnasium wechseln. Auch die Persönlichkeits- und Resilienz-Entwicklung gelinge besser, je länger die Kinder in



→ Bei der Podiumsdiskussion: (v. l. n. r.) der Sprecher des Jugendgemeinderats Stefan Fischer, der bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion Dr. Timm Kern, MdL und der Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung Tobias Burk.

heterogenen Gruppen (voneinander) lernten. Der Unterricht werde dadurch sicherlich nicht einfacher, räumte Merz ein. „Doch je heterogener die Klasse, desto besser ist dies für die Sozialisation jedes Kindes.“

Dr. Timm Kern zeigte sich skeptisch, inwieweit ein längeres gemeinsames Lernen zu mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung beitragen könne: „Wir wollen nicht eine Schule für alle, sondern die passende Schule für jedes Kind.“ Damit verbunden sei auch die Notwendigkeit, zur verbindlichen Grundschulempfehlung zurückzukehren, die in Baden-Württemberg von der rot-grünen Landesregierung 2011 abgeschafft wurde. Seitdem haben die Sitzenbleiber-Quoten in Baden-Württemberg um mehr als das Doppelte an Gymnasien und um fast das Fünffache an Realschulen zugenommen – „weil zu viele Kinder nach der Grundschule auf die für sie zu diesem Zeitpunkt falsche Schulform wechseln, wo sie nicht optimal gefördert werden können,“ ist sich Kern sicher.

Entscheidend für den Bildungserfolg ist nach Ansicht Kerns nicht ein längeres gemeinsames Lernen, sondern vielmehr die Durchlässigkeit des Bildungssystems: So hätten in

Deutschland 55 Prozent aller Menschen mit Hochschulzulassung kein Abitur. Zugleich sei die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss auf rund 700.000 pro Jahr angestiegen.

INDIVIDUELLE FÖRDERUNG

Für Schulleiter Detlef Storm spielt der Ganztagesbetrieb beim Thema Chancengerechtigkeit eine entscheidende Rolle: An der Rosensteinschule am Stuttgarter Nordbahnhof, an der Kinder aus 34 Nationen in der Grund- und Werkrealschule zusammen lernen, ist die Ganztagsbetreuung von Klasse 1 bis 4 Pflicht: „Damit haben wir mehr Zeit und die Möglichkeit, auf die individuellen Begabungen und Fähigkeiten der Kinder einzugehen und diese speziell zu fördern“, so die Erfahrung Storms. „Der Ganzttag in der Grundschule ist richtig und die wichtigste Voraussetzung für Chancengerechtigkeit in der Bildung.“

Dr. Timm Kern hingegen plädierte beim Thema Ganzttag für Wahlfreiheit: „Wichtig ist doch, dass jedes Kind das Angebot bekommt, das es braucht.“ Mit der Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes – bei dem alle Kinder, die ab dem Schuljahr 2026/27 eingeschult werden, einen Rechts-

anspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule haben – fürchtet Kern, dass „die Qualität auf der Strecke bleibt“. Nicht nur, weil die meisten Grundschulen schon heute mit einem extremen Mangel an pädagogischen Fachkräften, sondern auch räumlichen Kapazitäten zu kämpfen hätten. Anstatt die Verpflichtung zum Ganztag von der Politik vorzugeben, plädierte Kern dafür, diese Entscheidung den Schulen selbst, bzw. den Schulkonferenzen vor Ort zu überlassen.

SCHULE ALS ORT DER DEMOKRATIEBILDUNG

„Die Schule trägt eine große Verantwortung bei der Demokratiebildung und dem Selbstverständnis unserer Schülerinnen und Schüler“, betonte Schulleiter Storm. „Deshalb brauchen wir einen mehrperspektivischen Blick auf die Kinder und Jugendlichen.“ Insbesondere an einer Brennpunktschule wie der Rosenstein-Werkrealschule müssten verschiedene Akteure aus dem Quartier wie zum Beispiel Jugendhaus, Caritas oder Sportvereine mit in die freiwilligen Nachmittagsangebote eingebunden werden, weil unterschiedliche Pädagogen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schüler besser erkennen könnten. „Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit muss das Ziel jeder Schule sein“, betonte Storm. Auch wenn sich dieser Anspruch, insbesondere für Flüchtlingskinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen kaum realisieren lasse, „hat doch jedes Kind das Recht, so gut wie möglich gefördert und begleitet zu werden.“

Im Gegensatz zur Situation an der Rosensteinschule berichtete Jugendgemeinderat Stefan Fischer über eine ganz andere „Schulsozialisation“ – mit einer sehr homogenen Schülerschaft aus Elternhäusern mit überwiegend akademischem Hintergrund. Aus dieser Gruppe stammten auch die meis-

ten Mitglieder des Jugendgemeinderates (JGR), weshalb man in diesem Gremium ebenfalls „nicht von Chancengerechtigkeit sprechen könne.“ Mit Besuchen an Realschulen sowie Gewerblichen Schulen wollten JGR-Vertreter verstärkt auch Jugendliche aus bildungsferneren Schichten ansprechen und sie ermutigen, sich in der Politik zu engagieren, so Fischer.

Um den Bildungsverfall im Land zu stoppen und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, stellte Dr. Timm Kern am Ende der Podiumsdiskussion ein ganzes Bündel an FDP-Forderungen vor: Angesichts immer heterogener Klassen und vielen Kindern mit Migrationshintergrund müsse nicht nur der Klassenteiler wieder gesenkt, sondern die Sprachförderung massiv ausgebaut werden. Mit der Schaffung von Stellen für Schulverwaltungsassistenten könnten Schulleiter und Lehrkräfte bei der Vielzahl ihrer bürokratischen Tätigkeiten entlastet werden und wieder mehr pädagogische Aufgaben übernehmen. Auch müssten laut Kern viel mehr Schulpsychologen ausgebildet und eingestellt werden, ebenso wie Schulsozialarbeiter.

„Der heutige Abend hat uns eindrücklich gezeigt, wie viele unterschiedliche Aspekte es beim Thema Bildungsgerechtigkeit gibt und welche große Bedeutung Bildung für unsere Demokratie und Gesellschaft hat“, fasste Gabriele Reich-Gutjahr die knapp 2-stündige Veranstaltung zusammen, bei der auch viele Zuhörer ihre Fragen stellen konnten. „Mein Resümee ist, dass es gilt, den Schulen möglichst viele Freiheitsgrade einzuräumen, um ihre Vorstellungen von Bildung und Bildungsgerechtigkeit passgenau umsetzen zu können, damit Bildung für die Menschen und die Gesellschaft gelingen kann.“



→ Das interessierte Publikum bei der Podiumsdiskussion in der Bibliothek der Merz-Schule

WAHLKAMPF IN MITTE/SÜD



Juliane Becker
Stadtgruppe Mitte/Süd

Wie wir alle wissen, ist Wahlkampf in Stuttgart so vorhersehbar wie das Aprilwetter – und genauso wechselhaft. Unter der Führung von **Dr. Cornelius Hummel** und mit der tatkräftigen Unterstützung durch **Juliane Becker, Klara Fischer, Benedikt Zimmermann, Tician Boschert, Prof. Dr. Karl Stahr, Christian Altmann** und **Dajana Hummel** haben wir einige bemerkenswerte Wochen hinter uns gebracht, in der wir uns für die heiße Phase des Wahlkampf aufgewärmt haben.

Die Parklets – jene kleinen urbanen Ruheoasen auf ehemaligen Parkplätzen – boten uns reichlich Gesprächsstoff. Diese Miniparks sind so belebt wie eine Bibliothek während der Fußball-WM. Wir haben die Gelegenheit genutzt, um darauf hinzuweisen, dass liberale Politik eine Mobilitätsstrategie erfordert, die niemanden im Regen stehen lässt – weder Autofahrer noch Fußgänger. In Stuttgart sollte die Devise nicht lauten: „Entweder oder“, sondern „Sowohl als auch“.

Auf dem Gebiet der Bildung konnten wir ebenfalls Akzente setzen. Unsere Veranstaltungen zur Integration von KI in Bildungssystemen zogen mehr Menschen an als das legendäre Cannstatter Volksfest. Fast ;) Wir haben gezeigt, dass

wir neue Technologien nicht verteufeln, sondern als Fortschritt betrachten. Unser charismatischer Kampagnenhund „Kleiner Adler“ hat mit seinem unwiderstehlichen Charme unschätzbare Dienste geleistet, indem er die Stimmung auflockerte und vielleicht den einen oder anderen Wähler mehr an unseren Stand lockte als unsere liberalen Argumente.

Der beginnende Wahlkampf war nicht nur eine Demonstration unseres Engagements für liberale Werte, sondern auch ein Beweis dafür, dass man auch unter Stress einen kühlen Kopf und einen warmen Humor bewahren kann. Jede Diskussion, jeder verteilte Flyer und jedes verteilte Osterie trug dazu bei, unsere Botschaft in die Stadt zu bringen. Und was die Eier angeht, hat uns – Gott sei Dank – niemand damit beworfen.

Ein großes Dankeschön an jeden Einzelnen von euch – für eure Energie, euren Witz und eure unerschütterliche Unterstützung. Gemeinsam haben wir bewiesen, dass Liberalismus in Stuttgart nicht nur lebt, sondern auch lacht. Auf die kommenden Herausforderungen und unseren weiteren gemeinsamen Weg.



PREMIERE GELUNGEN, FORTSETZUNG FOLGT!



Frank Bantle
Stadtgruppenvorsitzender Ost

Die im vergangenen Jahr beschlossene Kooperation der Stadtgruppen Ost, Neckarvororte und Bad Cannstatt wurde zu Jahresbeginn erfolgreich fortgesetzt: mit dem 1. Neujahrsempfang! Veranstaltungsort war das Restaurant im Kursaal Bad Cannstatt, und weit über 30 Gäste folgten der Einladung von **Dr. Timur Lutfullin**, **Christian Bernhardt** und **Frank Bantle**. Die drei Stadtgruppenvorsitzenden waren natürlich vor Ort und freuten sich über die gelungene Premiere.

Neben dem Austausch untereinander, bei feinen Speisen und Getränken, stand Europa im Mittelpunkt. Während das Grußwort von der Stuttgarter Europa-Kandidatin **Dajana Hummel** kam, hielt **Sarah Zickler** die Festrede. Sie ist Unternehmerin, Stadträtin in Reutlingen und Generalsekretärin des Liberalen Mittelstands. Auf der FDP-Bundesliste kandidiert sie auf Platz 10 und auf der Landesliste auf Platz 2 für die EU-Wahlen. Tenor beider Rednerinnen: Es braucht viel mehr Liberale in EU-Ländern, weniger Extremisten am rechten und linken Rand, mehr Pragmatiker und Praktiker mit echter Berufserfahrung im EU-Parlament – und vor allem eine Europa-Politik, die von den Menschen verstanden wird.

TEAMWORK DER DREI STADTGRUPPEN

Der Abend in Bad Cannstatt wurde vom dortigen Stadtgruppenvorsitzenden Dr. Timur Lutfullin moderiert. Als Kandidat für die Regionalversammlung schwor er die Gäste auf die ebenso wichtigen Kommunalwahlen ein, bei denen die FDP in Stuttgart und Region punkten könne. Ein besonderer Dank für die Organisation und Durchführung des Neujahrsempfangs geht an dieser Stelle an **Mareike-Kathrin Bolsinger** (Vorstandsmitglied Bad Cannstatt) und **Martin Silberer** (im Vorstand Ost und stv. Vorsitzender LFA internationale Politik der FDP Baden-Württemberg). Beide verstärken das neu formierte „Eventteam“ der drei Stadtgruppen und entlasten so die Stadtgruppenvorsitzenden. Ach ja, 2025 wird es natürlich wieder einen Neujahrsempfang geben.



→ **Martin Silberer, Christian Bernhardt, Frank Bantle, Sarah Zickler, Dajana Hummel, Mareike-Kathrin Bolsinger und Dr. Timur Lutfullin**

JAHRESHAUPT- VERSAMMLUNG DER STADTGRUPPE NORD MIT VOR- STANDSWAHLEN



Wolf Dieter Dallinger,
Vorsitzender der Stadtgruppe Nord

Am 18. April 2024 trafen sich die Mitglieder der Stadtgruppe Nord zu ihrer Jahreshauptversammlung im Restaurant Olivengarten unterhalb des Theodor-Heuss-Hauses. Nach einem Rückblick auf das vergangene Jahr standen die Vorstandswahlen für die Vorstandsperiode 2024–2026 an.

Der bisherige Vorsitzende **Wolf Dieter Dallinger** und seine beiden Stellvertreter **Dr. Markus Martin** und **Daniel Pfeiffer** wurden wiedergewählt, ergänzt um die beiden neuen Stellvertreter **Dr. Frank Finzenhagen** und **Claudia Schober**. **Armin Serwani** ist der alte und neue Schatzmeister. **Angelika Barwasser** wurde als Beisitzerin wiedergewählt. **Daniel Flad** und **Felix Karcher** machen als neue Beisitzer den Vorstand komplett. Die Versammlungsleiterin **Charlotta Eskilsson** übernimmt das Amt der Kassenprüferin. Herzlichen Glückwunsch allen Gewählten!

Heike Henzler und **Bernd Zimmermann** traten nicht mehr zur Wahl als Beisitzer an. Wir bedanken uns recht herzlich für die gute Arbeit der beiden! Der weitere Abend stand im Zeichen der Wahlen am 9. Juni 2024.



→ **Charlotta Eskilsson, Wolf Dieter Dallinger, Daniel Flad, Claudia Schober, Armin Serwani und Angelika Barwasser**

VORSTANDSWAHL IN VAIHINGEN



Michael Mehling
Stadtgruppenvorsitzender Vaihingen

Am 29. Januar 2024 haben die Mitglieder der Stadtgruppe Vaihingen ihren Vorstand neu gewählt. Geleitet wurde die Sitzung von unserem Gast **Dr. Timur Lutfullin** der im Rahmen der Sitzung auch seine Aufgaben als Ombudsmann vorgestellt hat. Zum neuen Vorsitzenden wurde **Michael Mehling** gewählt.

Er ist 2016 in die FDP eingetreten, um sich aktiv kommunalpolitisch zu betätigen und sich in seinen Stadtbezirk ehrenamtlich einzubringen. Er ist für die FDP seit 2016 stellvertretendes und seit 2019 ordentliches Mitglied im Bezirksbeirat Stuttgart-Vaihingen. In der Stadtgruppe Vaihingen war er seit 2017 stellvertretender Stadtgruppenvorsitzender. Im Bezirksbeirat arbeitet er in den Arbeitskreisen Öffentlichkeitsarbeit sowie Mobilität mit. Darüber hinaus engagiere er sich im Stadtfestausschuss, welcher mit großem Erfolg ein neues großes Stadtfest im Bezirk etabliert hat. Im Kreisverband arbeitet er ebenfalls im Arbeitskreis Mobilität mit. Beruflich arbeitet er bei einem großen französischen IT-Dienstleister. Zum Stellvertreter wiedergewählt wurde **Volker Weil**. Alter und neuer Schatzmeister ist **Dr. Dirk Engelmann**.



→ **Der neue Stadtgruppenvorsitzende Michael Mehling und sein alter und neuer Stellvertreter Volker Weil.**

NEUER VORSTAND IN SILLENBUCH



Andreas Lehrfeld
Stadtgruppenvorsitzender Sillenbuch

Im Vorfeld der Kommunal- und Europawahl hat die Stadtgruppe Sillenbuch einen neuen Vorstand gewählt. Auf den bisherigen Vorsitzenden **Philipp Bubeck**, der auf eigenen Wunsch hin nicht mehr angetreten ist, folgt **Andreas Lehrfeld**, der sich zuvor auch schon als stellvertretender Bezirksbeirat in Sillenbuch für die liberale Sache eingebracht hat. Als stellvertretender Vorsitzender wurde **Steffen Schneider** wiedergewählt, auch der bisherige Schatzmeister **Christian Brokate** ist in seinem Amt bestätigt worden.

Neben der Organisation des Wahlkampfs im Stadtteil ist es ein Anliegen des neuen Vorstands, mit regelmäßigen Sitzungen und inhaltlichen Veranstaltungen den organisierten Liberalismus auch künftig in Sillenbuch aktiv zu präsentieren.



→ v.l.n.r.: Schatzmeister **Christian Brokate**, Vorsitzender **Andreas Lehrfeld** und Stellvertreter **Steffen Schneider**

ZEIGT FARBE BEIM CSD!

Nach einem phänomenalen CSD 2023 wollen wir auch dieses Jahr wieder zum Mitmachen, Mithelfen und Farbe zeigen für Vielfalt aufrufen.

Das diesjährige Motto lautet:

„VIELFALT LEBEN. JETZT ERST RECHT!“

Wir dürfen es nicht riskieren, dass unsere Rechte und unsere Art frei zu leben und zu lieben wieder eingeschränkt werden und uns unsere Rechte wieder genommen werden.



STUTTGART
PRIDE

MITMACHEN UND DABEISEIN AM 27. UND 28. JULI 2024

Wer also bei der Organisation mitmachen oder bei der Umsetzung helfen möchte, auf dem Wagen oder am Stand der Hocketse dabei sein will, der meldet sich bitte per Mail an csd@fdpstuttgart.de.

Sobald nähere Informationen feststehen, schreiben wir alle an, die sich gemeldet haben.

Wir freuen uns auf eure zahlreiche Teilnahme!

Euer CSD-
Orga-Team der
FDP Stuttgart



EIN ABEND IM GEISTE DER FREIHEIT



Martin Haar
Kommunikationsberater FDP-Gemeinderatsfraktion

Rund 160 Gäste erleben beim FDP-Frühjahrsmpfang im Varieté Friedrichsbau am Pragsattel Spektakuläres, Unerwartetes und die Preisgabe eines gut behüteten Geheimnisses von OB Nopper.

Menschen lieben das Unerwartete, das Spektakuläre. All das bietet das Varieté Friedrichsbau am Pragsattel in seinem glamourösen Theatersaal. Wenn sich aber die glitzernde Welt der Bühne und artistischen Darbietungen aus dem aktuellen Programm mit der Politik verbindet, entsteht Außergewöhnliches. Genau das durften etwa 160 Gäste beim Frühjahrsmpfang der FDP-Gemeinderatsfraktion erleben.

Völlig unerwartet schlüpfte am Dienstagabend Gastgeber und Fraktionschef **Dr. Matthias Oechsner** in das künstlerische Gewand von Liza Minelli. Völlig unkonventionell und denkwürdig. Im Hauptberuf Apotheker, im Ehrenamt Politiker, gab Oechsner den singenden Conférencier. „Ich wollte schon immer mal ein Publikum singend begrüßen, das nicht weglaufen kann“, gestand er mit knitzem Lächeln und ergänzte souverän: „Was passt besser zu Freunden der Freiheit als dieses Theater der Freiheit.“

Wer in diesem Moment noch kein Anhänger der Freien Liberalen war, dessen Herz wurde spätestens in diesem Augenblick erobert. Denn Oechsner erschuf einen magischen Moment, der nicht nur die Anwesenden begeisterte, sondern auch den Gedanken der Freiheit, für den die FDP steht, in diesem Ort der Kreativität und Individualität hervorhob.

Ein Herz musste Matthias Oechsner gar nicht mehr erobern. Das des Oberbürgermeisters. Denn **Dr. Frank Nopper** teilte mit allen „freidenkenden, freilaufenden und freimütigen

Damen und Herren Stadträten freidemokratischer und jedweder anderen Herkunft“ ein Geheimnis: „Es ist fast so etwas wie ein Jugendtraum von mir, beim Hochamt der Freien Demokraten, beim Dreikönigstreffen der Liberalen, als Redner auftreten zu dürfen“, hob der OB an und fuhr launig fort: „Als mich die Einladung der FDP für die heutige Veranstaltung erreichte, habe ich deswegen auf den ersten Blick insgeheim gehofft, dass die FDP mich als Dreikönigsredner in der Staatsoper auserwählt hätte.“ Dann habe ihn jedoch Stadtrat Dr. Oechsner knallhart und ohne jede Rücksicht auf sein empfindsames Wesen jäh aus diesem Traum gerissen. Oechsner: „Vor diesen dreiköniglichen Weihen, lieber Herr Dr. Nopper, müssen sie sich erst noch bewähren.“ Nopper erwiderte kampfesmutig und gewohnt zupackend: „Okay, dann ist mein heutiges Grußwort so etwas wie eine Qualifizierungs- und Bewerbungsrede für das Dreikönigstreffen.“

Wie gut, dass in der Phalanx der Ehrengäste und Redner auch der FDP-Landesvorsitzende **Michael Theurer** war. Er hat den Jugendtraum des Stuttgarter Oberbürgermeisters wohl registriert. Staatssekretär Theurer, einer der obersten Verkehrspolitiker der Republik, hat auch die weiteren Worte von Frank Nopper zur Mobilitätspolitik in Stadt, Land und Region mit Wohlwollen vernommen. Denn in der Rede des Christdemokraten Nopper fanden sich sehr viele Schnittmengen zur Programmatik der FDP.

Das Wichtigste der gelb getünchten Nopper-Rede in Kürze:

- › „Wohlstand für alle war das berühmte Motto für Ludwig Erhards soziale Marktwirtschaft. Mobilität für alle sollte meines Erachtens das Leitmotiv der Mobilitätspolitik in Stadt und Land sein.“



→ **Fraktionsvorsitzender Dr. Matthias Oechsner bei der Begrüßung der geladenen Gäste**

- › „Mobilität sollte für alle möglich sein und wir sollten alle Mobilitätsformen in ihren unterschiedlichen Ausprägungen fördern – entlang der Bedarfe, entlang der Notwendigkeiten und entlang des Lebensgefühls in unseren Städten.“
- › „Mobilität muss bezahlbar sein und sie muss auch umweltverträglich sein. Und weil wir alle automobil bleiben wollen, müssen wir die Automobilität neu denken. Sie muss sauberer und ressourcenschonender werden und sie muss sich den veränderten Bedürfnissen insbesondere in den Innenstädten anpassen.“
- › „Wir brauchen ein friedliches und respektvolles Mit- und Nebeneinander im Verkehr. Alle Verkehrsarten haben ihre Berechtigung und sind unterstützenswert. Und wir brauchen eine Gesamtverantwortung für eine florierende Wirtschaft, für sichere Arbeitsplätze und sozialen Ausgleich sowie für aktiven Klima- und Umweltschutz.“

Vor allem in den Worten „friedlich und respektvoll“ steckt aus Sicht von FDP-Stadtrat **Eric Neumann** ein Grundsatzproblem vieler realexistierender Realsozialisten im Gemeinderat: „Wenn wir auf Mobilität zu sprechen kommen, denke ich immer, es geht denen um orthodoxe Religion, daher fordere ich zu mehr Gemeinsinn auf.“ Dass Vertreter aus diesem Spektrum der Kommunalpolitik die Einladung zum Frühjahrsempfang ausgeschlagen hatten, nimmt er jedoch sportlich.

Weit bedauerlicher empfand es die FDP-Fraktion hingegen, dass der ursprünglich geplante Key-Note-Speaker kurzfristig absagen musste: Bundesverkehrsminister Volker Wissing folgte dem ebenso kurzfristigen wie wichtigen Ruf seines Dienstherrn, Bundeskanzler Olaf Scholz, nach China zu Staatspräsident Xi Jinping.

Weit mehr als ein ebenbürtiger Ersatz für Wissing war jedoch Michael Theurer. Der Landesvorsitzende glänzte nicht nur mit Fachwissen und Exzellenz. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr sowie Beauftragte der Bundesregierung für den Schienenverkehr redete ohne Manuskript (!) und vermittelte den Eindruck, nicht Cicero, sondern er habe das Werk „De Oratore“ (Über den Redner) geschrieben. Mit seiner Aussage „Verkehr ist zentral für uns alle und dient der Wirtschaft“, traf Theurer bei seinem Partei-Freund Oechsner einen neuralgischen Punkt. Denn Theurers Satz trifft in der Stuttgarter Kommunalpolitik keineswegs auf breite Zustimmung. Aus diesem Grund dauerten, so Oechsner, in Stuttgart alle Prozesse und Entscheidungen so lange: „Die Stadt ist nicht mehr regierbar!“

Die Ursache liegt laut Oechsner im Landeswahlrecht begründet. „Man braucht bei der Kommunalwahl nur 0,94



→ **Landesvorsitzender Michael Theurer bei seiner Rede**



→ **Kreisvorsitzende Gabriele Reich-Gutjahr**

Prozent, um einen Sitz im Gemeinderat zu bekommen. Und dann werden aus solchen Sitzen zusammengewürfelte Fraktionen. Deren Meinungen und Ansichten sind so verschieden, dass es nie zu Entscheidungen kommt.“

Doch trotz dieser unbefriedigenden Situation habe die FDP-Fraktion im Gemeinderat in den vergangenen fünf Jahren der Legislatur viel erreicht: „Hervorzuheben ist dabei unser Kraftakt, eine Erhöhung der Realsteuern zu verhindern. Kraftakt deshalb, weil eine lange Zeit der Legislatur von der Corona-Pandemie überschattet war und die finanzielle Situation der Stadt bedrohlich auf der Kippe stand. Das nährte den Wunsch vieler Linken, an der Steuerschraube zu drehen.“ Auch hier versprach Oechsner bei einer Wiederwahl nach dem 9. Juni wachsam zu bleiben.

Als weiteren Achtungserfolg der Fraktion mit den weiteren drei Räten Doris Höh, Eric Neumann und Armin Serwani nannte Oechsner die Interventionen bei den bürgernahen Ämtern: „Auf unsere Initiative hin kam es unter der Leitung von OB Dr. Frank Nopper zu einer Task Force, um die nicht hinnehmbaren Zustände bei den Ämtern zu verbessern.“ Weitere Erfolge waren die Digitalisierung der Verwaltung. Oechsner: „Weil unser steter Tropfen den analogen Stein der



→ **Stadt- und Regionalrat Armin Serwani im Gespräch**

Verwaltung höhlte, kam es zu millionenschweren Investitionen in die Digitalisierung und in die Ausstattung der Schulen. Auch beim Thema Wege, Straßen und Stäffele konnten wir unsere Vorstellungen einer deutlichen Erhöhung der Unterhaltsmittel durchsetzen.“

Dass der Stadt noch mehr Liberale im Gemeinderat guttun würden, ist für die FDP-Kreisvorsitzende Gabriele Reich-Gutjahr eine Binse. Sie dankte den vier Gemeinderäten für ihre tolle ehrenamtliche Arbeit, die fast schon ein Halbtagsjob sei. Ihr Grußwort reicherte sie mit zahlreichen Erlebnissen aus China an. Es sei beeindruckend wie schnell dort Straßen, Gebäude oder Verkehrsinfrastruktur entstünden. Auch wenn Demokratien natürlich anders funktionieren, so sei mehr Tempo bei allem, was wir tun, das Gebot der Stunde. Das Motto des FDP-Kommunalwahlprogramm trage dem Rechnung mit ‚Tempo statt Stillstand – wir holen Stuttgart aus dem Tiefschlaf‘. Gerne wird die FDP den Oberbürgermeister mit sieben liberalen Gemeinderäten dabei unterstützen. Zum Start legte sie ihm eine Reise mit dem neuen Gemeinderat nach Schanghai ans Herz. Zum Benchmark bei der Stadtentwicklung – denn ‚Freiheit denkt übers Heute – und den Talkessel – hinaus‘.

REGION STEHT VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN



Gabriele Heise
Regionalrätin

Der Verband Region Stuttgart steht in den nächsten Monaten vor großen Herausforderungen. Die S-Bahn ist nach wie vor alles andere als zuverlässig und verlangt ihren Fahrgästen sehr viel ab. Die Ursachen dafür sind vielfältig: eine marode, sanierungsbedürftige Infrastruktur, gestiegene Baukosten, Lieferengpässe bei Ersatzteilen, fehlendes Personal. Eine ganze Reihe von Entscheidungen, die seit 2019 zum Ausbau des S-Bahn-Netzes im Verkehrsausschuss des Verbandes und in der Regionalversammlung getroffen worden sind, konnten daher nicht umgesetzt werden. Aus Sicht unserer FDP-Fraktion muss die Stabilisierung der S-Bahn Vorrang vor einem weiteren Ausbau haben. Erst, wenn die S-Bahn ein pünktliches Verkehrsmittel ist, macht es Sinn, über ihren weiteren Ausbau und zusätzliche Strecken nachzudenken. Alles andere würde die Probleme nur weiter verschärfen. Deswegen gehen wir mit einer klaren Haltung in den bevorstehenden Wahlkampf: Sanierung und Stabilisierung vor Ausbau.

Um die von Bund und Land vorgegebenen Klimaschutzziele zu erreichen, muss der Regionalplan teilweise für den Bereich Windkraft fortgeschrieben werden. Ein erster Planentwurf Windkraft, der in Stuttgart unter anderem in Weilimdorf auf dem „Grünen Heiner“ und im Gebiet des sog. Sandkopfes ein Vorranggebiet für Windkraftanlagen vorsieht, ist im vergangenen Jahr von der Regionalversammlung beschlossen und in den vergangenen Monaten öffentlich ausgelegt worden. Mehr als 6.000 Einwendungen sind dagegen erhoben worden. Die Stadt Stuttgart hat zudem angeregt, dass als Vorranggebiet auch der sog. Tauschwald in den Plan aufgenommen wird. Diesen hatte die Regionalversammlung in der Vergangenheit bereits wegen zahlreicher Bedenken abgelehnt. Wir als FDP werden auch weiterhin bei dieser Ablehnung bleiben. Aufgrund der zahlreichen vorgebrachten

Einwendungen muss der Planentwurf überarbeitet und angepasst werden. Ursprünglich sollte die Regionalversammlung über eine erneute Auslegung noch in dieser Legislaturperiode entscheiden. Dieser Zeitplan wird jedoch nicht zu halten sein. Mit dem Thema Windkraftanlagen wird sich daher die nächste Regionalversammlung, die nach der Wahl am 9. Juni im September zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammenkommen wird, noch intensiv beschäftigen müssen.

Wie diese Regionalversammlung zusammengesetzt sein wird, werden die Wählerinnen und Wähler am 9. Juni entscheiden. Wir treten als Stuttgarter FDP mit einem erfahrenen Team an. Während die meisten anderen Parteien zahlreiche prominente Regionalräte verlieren werden, weil sie entweder nicht mehr antreten wollten oder nicht wieder aufgestellt worden sind, zeichnet sich die FDP hier in Stuttgart und in den umliegenden Landkreisen durch Kontinuität aus. Darauf werden wir auch im Wahlkampf setzen. Unser vorrangiges Ziel ist es, wieder mind. drei liberale Mandate in Stuttgart zu erringen, damit die Interessen der Landeshauptstadt in der Region gut vertreten sind. Dafür werden wir sowie alle Kandidatinnen und Kandidaten auf unserer Stuttgarter Regionalwahlliste in den kommenden Wochen kämpfen.

Bitte unterstützen Sie uns alle dabei – indem Sie bspw. für uns in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis werben, an den Infoständen unseren Teamflyer zur Regionalwahl verteilen und unsere Plakate in Ihrem Stadtbezirk aufhängen. Wir freuen uns auf einen intensiven und hoffentlich am Ende für die Stuttgarter FDP erfolgreichen Regionalwahlkampf und stehen Ihnen sehr gerne für Fragen ebenso wie für Veranstaltungen in Ihrer Stadtgruppe und für Besuche an Ihren Infoständen zur Verfügung.

VON UNNÖTIGEN RADWEGEN UND ZU VIELEN WILDSCHWEINEN



Friedrich Haag
MdL

FLUGHAFENTUNNEL MUSS FÜR AUTOS OFFENBLEIBEN

Der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann will den Flughafentunnel zwischen Stuttgart-Plieningen und Filderstadt-Bernhausen auf einer Spur sperren. Er plant die Umwandlung der Fahrtrichtung Nord nach Plieningen in einen Rad- und Fußgängerweg. Angeblich würden dann täglich bis zu 4.800 Radfahrer den Tunnel nutzen. Als Sprecher für individuelle Mobilität der FDP-Landtagsfraktion lehne ich die Teilspernung ab. Das Projekt ist realitätsfern und verkennt die hohe Belastung der umliegenden Gemeinden durch Autos und Lkws. Der Flughafentunnel muss in beide Richtungen offenbleiben. In einer Anfrage meines Fraktionskollegen Dennis Birnstock vom Nachbarwahlkreis Nürtingen und mir kam heraus: Durch die einseitige Sperrung ist Verkehrschaos auf den Fildern vorprogrammiert! Schwerlasttransporter müssten Umwege fahren und Autofahrer würden vor dem Tunnel im Stau stehen, da der ÖPNV Vorrang haben



→ **Wir brauchen keine Teilspernung und keine Extra-Radspur im Tunnel.**

solle. Verschlimmert würde es noch durch die Möglichkeit, dass der Tunnelumbau fertig werden würde, ehe die B27 als Entlastung für den Verkehr ausgebaut ist. Ich kann kein Verständnis dafür aufbringen, dass sich der Landesverkehrsminister für alternative Lösungen sperrt und stur seine Anti-Auto-Idee durchsetzen will. So spielt er nicht nur unterschiedliche Mobilitätsarten, sondern auch Anwohner und Logistik gegeneinander aus. Geht es nach Hermann, ist wie immer der motorisierte Individualverkehr das Problem, nicht aber seine realitätsferne Verkehrsplanung. Umso schneller sollte er seine Untersuchung zur zusätzlichen CO₂- und Verkehrsbelastung durch eine Tunnel-Teilspernung veröffentlichen und diese nicht hinauszögern, wie er es bei der Machbarkeitsstudie getan hat.

FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE NICHT AUF DEM RÜCKEN DER BÜRGER DURCHSETZEN

Das Land benötigt dringend Standorte für Landeserstaufnahmestellen. Jetzt wurde bekannt, dass in Stuttgart gleich vier Örtlichkeiten auf eine mögliche LEA-Tauglichkeit geprüft werden: Neben dem Eiermann-Campus in Vaihingen auch das Schoettle-Areal im Süden (ehemals Statistisches Landesamt) sowie Bürokomplexe in der Augsburgsburger Straße 712 in Obertürkheim und im Mittleren Weg 13–15 in Weilimdorf. Grundsätzlich lehne ich LEAs in Stuttgart ab. Wir müssen stattdessen auf frei werdenden Flächen den dringend benötigten Wohnraum für die arbeitende Bevölkerung schaffen – sowie für Studenten, städtische Mitarbeiter, Uni- und Klinikpersonal. Es geht nicht, dass die Landesregierung über alle Köpfe hinweg entscheiden will und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst nimmt. Im Fall der ehemaligen IBM-Zentrale könnten auf einen Schlag bis zu 2.000 Wohnungen entstehen – dieses Projekt muss realisiert wer-

den. Ärgerlich ist auch, dass sich der Bau eines Pflegeheims im Stadtteil Schönberg verzögern wird. Im Bestandsgebäude sollen befristet bis zu 376 Flüchtlinge unterkommen. Über meine Anfrage diesbezüglich kam heraus: Weil der Bauantrag unvollständig war, verzögerte sich die Nutzung, aber die Stadt zahlte allein bis Januar 2024 an den Eigentümer 1,6 Mio. Euro an Miete – für ein leer stehendes Gebäude. Grundsätzlich müssen wir die Einwanderung in die Sozialsysteme verhindern. Bezahlkarten ohne Barauszahlungsfunktion sind der Schritt in die richtige Richtung. Durch effektiven Grenzschutz und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen muss der unkontrollierte Zuzug unterbunden werden.

STELLEN BEI DER STUTTGARTER POLIZEI BESETZEN



→ **Innenstadt wie Außenbezirke müssen in Stuttgart sichere Orte bleiben.**

Im November 2023 überfiel eine Gruppe Jugendlicher fünf andere junge Menschen am Mailänder Platz beim Einkaufszentrum Milaneo. Bereits die Monate zuvor gab es ähnlichen Vorfälle im Europaviertel und der ganzen Innenstadt. Anlass für mich, eine kleine Anfrage an die Landesregierung zur Sicherheitslage in Stuttgart zu stellen. Das Innenministerium bestätigte daraufhin: Fünf Punkte in Stuttgart stuft die Polizei die Lage als gefährlich ein. Spitzenreiter bei Straftaten im öffentlichen Raum sind die Bereiche Hauptbahnhof, Oberer Schlossgarten, Rathaus und Neue Vorstadt bei der Theodor-Heuss-Straße, gefolgt von der Klett-Passage. Aber auch im Stadtgarten und im Leonhardsviertel finden überdurchschnittlich viele Gewalttaten im öffentlichen Raum statt. Jedes sechste Delikt passiert an Wochenenden zwischen 19 und 7 Uhr. Neben der Innenstadt fällt auch der Bezirk Zuffenhausen auf. In den Gebieten Hohenstein, Am Stadtpark und Zuffenhausen-Mitte in der Nähe des Bahnhofs wurden 500 Straftaten im öffentlichen Raum ermittelt, meist Drogendelikte, Diebstähle und Rohheitsdelikte abends und nachts. Der Außenbezirk war zudem einer der Tatorte bei den Auseinandersetzungen von zwei multi-

ethnischen Gruppen aus der Region Stuttgart. Die Zahlen zeigen einmal mehr: Innenminister Thomas Strobl muss dafür sorgen, die unbesetzten Stellen auf den Polizeirevieren schnellstmöglich zu besetzen. Über eine andere Anfrage konnte ich ermitteln, dass es große Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Stärke bei den besetzten Beamtenstellen auf den Revieren und den Dienststellen der Kriminalpolizei gibt. In ganz Stuttgart fehlen allein auf den Revieren rund 20 Prozent der Polizisten. Es muss verhindert werden, dass sich die Kriminalitätsschwerpunkte in Stuttgart zu No-Go-Areas entwickeln. Die Sicherheit der Stuttgarterinnen und Stuttgarter muss zu jeder Zeit an oberster Stelle stehen.

WILDSCHWEINPOPULATION BEGRENZEN

Ende Januar verletzte ein Wildschwein in Stuttgart-Heslach einen Passanten durch Bisswunden, ehe es wieder im Wald verschwand. Immer häufiger gibt es in Deutschland solche Begegnungen in bewohnten Gebieten. In einer kleinen Anfrage wollte ich mehr über die Wildschweinpopulation in der Stadt, die Bejagung und mögliche Gefährdungen der Bevölkerung wissen. So ist der Abschuss der Tiere in Stuttgart 2022 im Vergleich zu 2015 um 91 Prozent zurückgegangen. Wenn man bedenkt, dass sich Wildschweine das ganze Jahr lang vermehren und nach einer Tragzeit von vier Monaten durchschnittlich sechs Frischlinge zur Welt kommen, dann braucht es eine Strategie, um die Wildschweinpopulation einzudämmen. Nicht gerade förderlich ist es, dass die Stadt den sogenannten „Begehungsschein“ für Jäger preislich erhöht hat: Für die Beantragung sind jetzt pro Jahr 400 Euro zu bezahlen. Ein Bonussystem mit Rückvergütung bei entsprechender Jagdstrecke - wie bislang üblich - gibt es nicht mehr. Daher ist auch mit der Aussage „jagen, jagen, jagen“ von Landwirtschaftsminister Peter Hauk nichts gewonnen, wenn die Bejagung durch die Erhöhung städtischer Gebühren unattraktiv gemacht wird. Die Stadt muss eine Wildschweinplage verhindern und den Begehungsschein günstiger machen.



→ **Wildschweine vermehren sich auch in Stuttgart zahlreich.**



→ 15.000 qm Fläche in bester Lage können neu genutzt werden

SCHOETTLE-AREAL SCHNELL ENTWICKELN

Bald zwei Jahre verhandelt das Land mit der Stadt Stuttgart über einen Verkauf des Schoettle-Areals an der Böblinger Straße in Stuttgart-Süd. Anfang 2024 hat das Statistische Landesamt den Standort geräumt. Erst im Sommer soll es zu einer möglichen Einigung kommen, wie ich in einer Kleinen Anfrage erfahren habe – obwohl der Umzug der Behörde nach Fellbach schon seit Jahren bekannt ist. Beim Verkauf des Schoettle-Areals sollten Land und Stadt sich jetzt schnell einigen. Wir dürfen in Stuttgart bei der Bekämpfung des Wohnraummangels und der Schaffung von Pflegeplätzen nicht länger warten. Die Stadt sollte sich auch Gedanken über die Einbindung privater Investoren machen, wenn man sich die ohnehin knappen städtischen Ressourcen und die offensichtlich hohen nötigen Investitionen für die Sanierung des Gebäudes anschaut. Auch bei einer Neubebauung sollten rasch planerische Maßnahmen unter Einbeziehung von externen Experten ergriffen werden.

80.000 EURO FÜR SOZIALE PROJEKTE: FESTAKT VON DEGERLOCH HILFT E.V.

Degerloch hilft. Das hat sich am 7. März wieder gezeigt. 2023 haben sich in meinem Heimatbezirk zahlreiche Einrichtungen, Unternehmen und Privatpersonen an der „Weihnachtshilfe“ beteiligt. Beim gemeinsamen Festakt des Vereins „Degerloch hilft“ und dem Förderverein Degerloch wurden in der Alten Scheuer die Spendengelder an örtliche soziale Einrichtungen übergeben. Insgesamt kamen im Rahmen der Weihnachtshilfe im vergangenen Jahr 74 025 Euro zusammen. Die Wohnbaugenossenschaft Flüwo erhöhte den Betrag auf 80.000 Euro. Seit ihrer Gründung hat die Weihnachtshilfe damit über 940.000 Euro eingesammelt. „Degerloch hilft“ gibt die Spendengelder an soziale Projekte im

Stadtbezirk aus den Bereichen Jugend- und Seniorenarbeit. Auch bei Altersarmut ist der Verein ganzjähriger Ansprechpartner für Betroffene. Nach einem Grußwort von Bezirksvorsteher Colyn Heinze stellten sich mit Frank Althoff und Stefan Rockenstein zwei neue Vorstandsmitglieder von „Degerloch hilft“ vor.

Über einen Scheck durften sich zwölf Degerlocher Einrichtungen freuen. In der Jugendarbeit waren das die Wohngruppe Degerloch, das Waldheim, das Jugendrotkreuz, die Freie Aktive Schule, das Evangelische Jugendwerk und die Jugendfeuerwehr. In der Seniorenarbeit erhielten die Begegnungsstätte, die Nachbarschaftshilfe, die DRK-Bereitschaft, die Diakoniestation, das Trauerzentrum und die Ambulante Sterbebegleitung des Hospiz St. Martin einen Spendenscheck. Mein Dank gilt allen Spenderinnen und Spendern, Degerloch hilft e.V. und den Einrichtungen für das tatkräftige Engagement. Dieser Zusammenhalt über Alters- und soziale Grenzen hinweg, lässt mich sehr stolz auf meinen Heimatbezirk sein.



→ Mit dem neuen Vorstandsmitglied von Degerloch hilft e.V., Frank Althoff (l.), sowie Vertretern von Feuerwehr und Jugendfeuerwehr bei der Spendenübergabe.

INDIVIDUELLE MOBILITÄT UND JOBS IM LAND SICHERN



Friedrich Haag
MdB

UMWELTZONE IN STUTTGART BEENDEN

In verschiedenen Städten von Baden-Württemberg wurden die Diesel-Fahrverbote bereits aufgehoben, weil die Grenzwerte für Luftschadstoffe dauerhaft unterschritten werden. Seit Jahresbeginn konnten sich Heidenheim, Heilbronn, Herrenberg und Leonberg/Hemmingen von den Umweltzonen verabschieden. Nur in Stuttgart tut sich nichts – obwohl hier im dritten Jahr in Folge alle festgelegten Grenzwerte eingehalten werden. Dies ergab mein Antrag an die Landesregierung. Aus den Antworten geht hervor, dass der Verkehrsminister weiterhin an der Verbannung von Autos aus der Landeshauptstadt festhält. Er sträubt sich trotz Fakten auf Biegen und Brechen gegen eine Aufhebung der Umweltzone. Wozu gibt es denn feste Grenzwerte, wenn eine konstante Unterschreitung nicht zur Beendigung der Maßnahme führt?

Erst auf meinen Antrag hin lässt er den Gedanken zu, ab welcher Konzentration man die Umweltzone doch aufheben könnte. Neue niedrigere Grenzkonzentrationen sollen von der Landesanstalt für Umwelt (LfU) ermittelt werden. Ich habe umgehend den Präsidenten der Behörde angeschrieben und um Erklärung gebeten. Diesel-Fahrverbote müssen in Stuttgart endlich aufgehoben werden! Stuttgart darf keine Sonderrolle einnehmen. Alles andere lässt sich gegenüber den Bürgern nicht mehr verantworten.

Meine Forderungen unterstrichen auch Carsten Beuß, Hauptgeschäftsführer Verband des Kfz-Gewerbes Baden-Württemberg, Torsten Treiber, Obermeister der Kfz-Innung Region Stuttgart, sowie Armin Serwani, Stadt- und Regionalrat der FDP. Ich traf mich mit ihnen an der Messstation Neckartor an der B14, um über die Umweltzone zu disku-

tieren. Wir waren uns einig: Der Verkehrsminister muss zu seinem Wort stehen. Autofahrer aus Stuttgart und der Umgebung, Besucher, aber auch Lieferanten und Einzelhändler in der Innenstadt müssen entlastet werden.



→ Am Neckartor mit Carsten Beuß, Torsten Treiber und Armin Serwani.

HERMANN HÄLT WEITER AN ABZOCKE-ABGABE FEST

Auch sonst hält uns Winfried Hermann seine realitätsferne grüne Ideologie vor. Der Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) will die Preise im Sommer 2024 anheben. Der Minister hat daraufhin Stuttgarts OB Dr. Frank Nopper aufgefordert, er solle bestimmte Erhöhungen nicht akzeptieren und parallel eine Mobilitätsabgabe für die Landeshauptstadt einführen, um so den ÖPNV zu finanzieren. Winfried Hermanns Abzocke-Fantasien als vermeintliche Lösung? Das Ganze wirkt für mich wie ein Ablenkungsmanöver. Zu Zeiten eines grünen Oberbürgermeisters Fritz Kuhn hätte Hermann sicher keine derartige Attacke gestartet. Wenn ihm der Nahverkehr so wichtig ist, soll er lieber Landesmittel dafür zur Verfügung stellen, statt diese für dubiose und sinnlose E-Auto-Förderprojekte oder Beraterverträge aus dem Fenster zu schmeißen.

Viele Menschen in und um Stuttgart scheuen jetzt schon aufgrund der teuren und fehlenden Parkplätze die Fahrt in die Stadt. Da können wir ihnen nicht noch eine Nahverkehrsabgabe aufzwingen – genau so wenig wie den Unternehmen, die über die Gewerbesteuer sowieso einen Großteil des ÖPNV mitfinanzieren. Eine Abgabe, wie sie Hermann plant, würde dem kriselnden Einzelhandel noch weiter zusetzen.

MITTELSTAND ENTLASTEN, NICHT BELASTEN

Als ob Logistikfirmen in Baden-Württemberg nicht schon genug belastet wären: Landesverkehrsminister Winfried Hermann hält an einer Sondermaut für Landes- und Kommunalstraßen fest. Gerne würde er diese schnell einführen, obwohl seit Dezember 2023 der Bund bei jedem Lkw eine höhere Maut pro Kilometer auf Bundesstraßen und Autobahnen erhebt. Hinzu gekommen ist auch ein CO₂-Aufschlag. Das hält den Verkehrsminister nicht davon ab, für seine Idee Personal zu rekrutieren, Gutachten zu erstellen und Veranstaltungen zu organisieren, wo er Vertreter von Speditionen auf sein Projekt einschwören will.

Als FDP-Landtagsfraktion sagen wir klar und deutlich: Wir brauchen Entlastungen statt Belastungen für den Mittelstand. Winfried Hermann hat ausgiebig Mittel aus anderen Bereichen, die er umschichten kann, um die Verkehrsinfrastruktur auszubauen und zu erneuern. Er sollte besser an der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs im Mobilitätsbereich arbeiten. Glücklicherweise räumte er ein, dass es frühestens 2027 mit der Maut losgehen könne. Dann wird er ebenso Geschichte sein wie seine Idee. Was bleibt, ist die Verschwendung von Steuergeldern und eine schädliche Diskussion zu Lasten des Wirtschaftsstandorts.

WOHNBAUMINISTERIUM IST HANDLUNGSUNFÄHIG

Die Krise im Wohnungsmarkt spitzt sich zu. 2023 wurden so wenig Baugenehmigungen wie seit 2012 nicht mehr erteilt, die Baukosten explodieren, unnötige Vorschriften verzögern Prozesse und immer mehr Unternehmen der Bauwirtschaft kommen in existenzielle Not. Als wohnungsbaupolitischer Sprecher der Fraktion kritisierte ich in einer Aktuellen Debatte und auf der Kundgebung der Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V. das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen: Das Haus von Nicole Razavi ist in der Krise schlichtweg handlungsunfähig. Fast drei Jahre nach seiner Gründung hat es immer noch nichts gegen den massiven Mangel an Wohnraum bewirkt. Auf die derzeitige Krise im Bausektor hat das Ministerium keine passenden Antworten. Ein auf sieben Jahre angelegter Strategiedialog beispielsweise bringt den Bauunternehmen im Land in der aktuellen Notlage gar nichts. Auch die oftmals angekündigte reformierte Landesbauordnung lässt auf sich warten. Gerade bei der LBO hätte das Land die Hebel in der Hand. Hier muss Frau Razavi endlich liefern. Fahrradstellplatzpflicht, Photovoltaikpflicht oder Dachbegrünungspflicht – nur einige Beispiele für kostentreibende Vorgaben, die dringend gestrichen werden müssen. Eine der ersten Fehlentscheidungen grüner Wohnbaupolitik war die Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Um Eigentum zu fördern, muss diese wieder auf 3,5 Prozent abgesenkt werden. Beim Bauland muss die Preisspirale durch weitere Flächenausweisung durchbrochen werden. Denn der Baulandkaufwert bei Städten mit über 500.000 Einwohnern ist in den letzten 15 Jahren in Deutschland um 400 Prozent gestiegen.



→ Als Redner bei der Kundgebung der Bauwirtschaft auf dem Stuttgarter Karlsplatz.



→ Rund 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer demonstrierten in Stuttgart.

GENDERSPRACHE RAUS AUS DEN ÄMTERN

Wir als FDP-Fraktion haben eine Aktuelle Debatte im Landtag mit dem Titel „Gendern verhindert Integration und Inklusion“ beantragt. Wir signalisierten darin unsere Unterstützung der Verwaltungsvorschrift zum Verbot von Gendersprache im amtlichen Schriftverkehr. Thomas Strobl will den Einsatz von Sonderzeichen wie Binnen-I und Gendersternchen in der Sprache der Landesbehörden verbieten. Unsere Haltung: Jeder kann reden, wie er will, auch in Gendersprache. Allerdings gibt es Lebensbereiche, für die verbindliche Konventionen notwendig sind. Dazu zählen zum Beispiel der amtliche Schriftverkehr oder das Erlernen der Schriftsprache bei Kindern. Wir müssen froh sein, wenn das beim Nachwuchs heutzutage gelingt. Da braucht es keine zusätzliche Erschwernis durch Sonderzeichen. Sprache ist außerdem das wichtigste Instrument der Integration. Dabei müssen wir den Migranten helfen, statt den Spracherwerb zu verkomplizieren. Gendersprache hingegen ist spracherwerbsfeindlich und damit integrationsfeindlich. Gleichberechtigung und Gendersensibilität sind für uns keine Frage von Gendersternchen, sondern eine Frage der Haltung. Zudem belegen alle Umfragen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung diesen Unsinn nicht will.

NEUE EU-LUFTQUALITÄTSRICHTLINIE SCHIESST ÜBERS ZIEL HINAUS

Viele verkehrspolitische Entscheidungen werden nicht auf Landesebene gefällt. Als Verkehrspolitiker aus Baden-Württemberg geht mein Blick deshalb regelmäßig in Richtung EU-Parlament. Nicht nur die Debatten und Pläne zum Verbrenner-Verbot beschäftigen mich, sondern auch die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie. So sollen die Grenzwerte bei Feinstaub von 25 auf 10 Mikrogramm und bei Stickoxiden von 40 auf 20 Mikrogramm angepasst werden. Was Unterhändler zu neuen Anforderungen, Klagemöglichkeiten und Entschädigungen vereinbart haben, schießt über das Ziel hinaus: Sollte die viel zu strenge Verschärfung tatsächlich so umgesetzt werden, sind weitere Fahrverbote und eine noch stärkere Gängelung der Autofahrer nicht weit. Auch die modernsten Diesel-Fahrzeuge wären von Verboten betroffen. Geht es hier womöglich eher um den Erhalt eines Geschäftsmodells als um wirklichen Gesundheitsschutz?

Alles erinnert stark an die kürzlich ans Licht gekommenen Machenschaften der Deutschen Umwelthilfe, die ihren eigenen Umsatz steigern will, indem sie Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen drangsaliert und abkassiert. Ich sehe es kritisch, wenn für tatsächliche oder selbst ernannte Umweltverbände weitere Klagemöglichkeiten geschaffen werden. Die wahren Gesundheitsgefahren lauern ohnehin wo ganz anders: Rauchen, Übergewicht und Bewegungsmangel.

VON DER LEYEN MUSS SICH BEI ELEKTROMOBILITÄT EHRlich MACHEN

Immer deutlicher wird klar: Bis 2030 werden keine 15 Millionen E-Autos in Deutschland fahren. Dieses Ziel bleibt unerreichbar. Deswegen sollten sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die CDU endlich ehrlich machen, zumal die Union dieses Vorhaben zu ihrer Regierungszeit im Bund nicht unterstützt hat. Die Warnzeichen stehen auf Rot: Die deutsche Automobilbranche wackelt – und damit auch unsere Arbeitsplätze und unser Wohlstand. Unternehmen wie Mercedes und Bosch liebäugeln mit dem Ausland oder entlassen Mitarbeiter. Ursula von der Leyen muss die Tür für den klimafreundlichen Verbrenner offenhalten: Die rechtsverbindlich längst zugesagte Regelung für mit E-Fuels betriebene Verbrenner-Fahrzeuge muss endlich kommen. Der EU-Green Deal“ hat völlig falsche Weichenstellungen vorgenommen, wie die Zulassungszahlen von E-Autos zeigen. Der „All-electric-Ansatz“ ist nicht das, was auf den Märkten und bei den Kunden verfährt. Es nützt dem Klima rein gar nichts, wenn mit Braunkohlestrom durch die Gegend gefahren wird. Wer glaubt, dass ein Fahrzeug emissionsfrei ist, nur, weil es keinen Auspuff hat, folgt dem Vogel-Strauß-Prinzip. Wer Klimaschutz ernst nimmt, muss im großen Stil über Energiepartnerschaften mit Regionen, in denen es erneuerbare Energien im Überfluss gibt, in die Produktion von E-Fuels einsteigen.



→ Der Absatz von E-Autos ist eingebrochen. „All-electric“ ist der falsche Ansatz.

AUS FÜR VERBRENNER-AUS UMSETZEN!



Friedrich Haag
MdL

Alarmstufe Rot in der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie: Kaum eine Woche vergeht ohne schlechte Nachrichten. Bosch, Mercedes, MAHLE, ZF: Massenweise werden Stellen ins Ausland verlagert oder abgebaut. Viele Standorte in Baden-Württemberg sind betroffen.

Deshalb haben wir als FDP-Landtagsfraktion im Landtag eine Aktuelle Debatte mit dem Thema „Klimaschutz mit erneuerbaren Kraftstoffen – Aus für Verbrenner-Aus nicht länger aufschieben“ beantragt.

WERTSCHÖPFUNG DER AUTOMOBILBRANCHE ERHALTEN

Wir sind hier im Land Weltmarktführer in der Verbrenner-technologie. Wie verrückt ist es bitte, dass diese Landesregierung so leichtfertig dazu bereit ist, diese Marktführerschaft herzugeben? Und zu warten, bis die chinesische Forschung und Industrie uns endgültig überholt? Wenn wir unseren Wohlstand, die Innovationskraft und die hochwertigen Arbeitsplätze in Baden-Württemberg und in Deutschland erhalten wollen, müssen wir das, was die Firmen beherrschen und womit sie hier Geld verdienen können, weiter ermöglichen - und klimafreundlich machen. Wir müssen deshalb schnell Perspektiven für synthetische Kraftstoffe schaffen. Das Verbrenner-Aus auf EU-Ebene muss fallen!

Verkehrsminister Winfried Hermann hält weiter an seiner Behauptung, es gäbe eine „Mobilitätswende“ hin zu Bus und Bahn fest. In der Bevölkerungsbefragung „Mobilität und Verkehr in Baden-Württemberg“ sagen 64 Prozent, dass man ein Auto benötige, selbst wenn es einen verlässlichen ÖPNV gebe. Laut TÜV-Verband wurden 2023 mit zwei Millionen Fahrprüfungen so viele wie noch nie durchgeführt. Auch

die Anzahl der gemeldeten Pkw erreichte am 1. Januar 2024 mit rund 49,1 Millionen Fahrzeugen den höchsten Wert aller Zeiten. In der Aktuellen Debatte machte ich deshalb klar: Die Grünen wollen nicht, dass die Menschen die individuelle Mobilität mit einem eigenen PKW nutzen, egal ob klimafreundlich oder nicht. Dieser Kulturkampf gegen das Auto muss ein Ende haben.

E-AUTOS ALLEINE SIND EIN IRRWEG

Auch den sozialen Aspekt dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Menschen mit geringem Einkommen werden sich kein teures E-Auto leisten können – und günstige Gebrauchte wird es in dieser Sparte nicht geben, denn mit einer vier Jahren alten Batterie ist ein E-Auto ein wirtschaftlicher Totalschaden. Die individuelle Mobilität darf nicht zum Luxus Einzelner werden! Der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur verschlingt zudem viel Steuergeld. Ernst & Young hat ausgerechnet: Der Umstieg auf Elektroautos könnte den Bund bis 2030 rund 50 Milliarden Euro kosten – obwohl die E-Auto-Prämie gestrichen wurde. Mit synthetischen Kraftstoffen hätten wir eine nachhaltige Lösung, die verhindert, dass wir diesen Ausbau von Stromleitungen aus Steuergeldern bezahlen müssen. Durch die Blockade der Grünen gegen synthetische Kraftstoffe wird dem Klima ein Bärendienst erwiesen: Es wird weiterhin mehr fossiles Rohöl benötigt und der Strom für die E-Autos kommt aus Kohlekraftwerken.

UNSER ZIEL: VIELFALT DER ANTRIEBSARTEN

Nicht der Verbrenner ist das Problem, sondern der fossile Kraftstoff. Zahlreiche Länder wie Japan, Korea, China und die USA setzen längst auf synthetische Kraftstoffe. Nur mit diesen ist Klimaschutz in der Bestandsflotte möglich. Und



→ **Am Rednerpult im Landtag: Friedrich Haag, Sprecher für individuelle Mobilität der FDP-Fraktion.**

auch im Neufahrzeugbereich braucht es die Vielfalt der Antriebsarten. Die Lüge von null Gramm CO₂ je Kilometer beim Elektroauto muss endlich durch Fakten ersetzt werden. „Ja“ zum Klimaschutz heißt für uns Freie Demokraten: „Ja“ zu synthetischen Kraftstoffen und einem neuen regulatorischen Rahmen auf EU-Ebene. Unüberhörbare Signale aus der Automobilwirtschaft bestätigen unsere Forderung: Es braucht ein Aus für das Verbrenner-Aus!



→ **„Aus für Verbrenner-Aus nicht länger aufschieben“: Friedrich Haag im SWR-Interview zur Aktuellen Debatte.**

Im SWR-Fernsehen habe ich am Rande der Aktuellen Debatte Stellung bezogen. Zahlreiche Leitmedien wie FAZ, SZ, Die Zeit und landesweite Tageszeitungen berichteten über die Aktuelle Landtagsdebatte. Tipp: Sie können die komplette Rede jederzeit als Video ansehen und die Ausführungen im Wortlaut nachlesen. Links finden Sie auf meiner Webseite unter www.friedrich-haag.de/reden

DEMOKRATIE HAUTNAH ERLEBEN: POLITISCHE BILDUNGSFAHRTEN NACH BERLIN



Judith Skudelny
MdB

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

aktuell werden wir täglich damit konfrontiert, wie wichtig es ist, sich mit unserem demokratischen System auseinanderzusetzen. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte bilden das Fundament unserer liberalen Gesellschaft, in der sich jeder Mensch frei entfalten kann. Doch unser politisches System und unsere Werte sehen sich tagtäglich Angriffen durch nationale wie internationale Kräfte ausgesetzt. Populisten, Extremisten und autoritäre Regime nutzen die Schnelligkeit und Reichweite des digitalen Raums, um ihre Desinformationen zu verbreiten, Angst zu schüren und einfache Lösungen auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen zu versprechen. Diese Akteure behaupten, Demokratien seien zu träge und schwerfällig, um im globalen Wettbewerb mithalten zu können. Der Konflikt zwischen autokratischen und demokratischen Systemen wurde durch den schrecklichen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine schonungslos offengelegt und weiter verschärft. Das gemeinsame Ziel von Extremisten und Autokraten ist es, das Vertrauen der Menschen in unsere demokratischen Institutionen zu untergraben, unsere liberalen Werte zu schwächen und den Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft einzuschränken. Es liegt an jedem Einzelnen von uns, die Demokratie aktiv gegen diese zerstörerischen Kräfte zu verteidigen.

Wer unsere Demokratie schützen will, muss zunächst verstehen, wie sie funktioniert. Deshalb lade ich Sie herzlich ein, Demokratie in Berlin hautnah zu erleben! Nehmen Sie an einer meiner politischen Bildungsfahrten teil und informieren Sie sich direkt vor Ort über die politischen Prozesse und Abläufe!

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages habe ich auch dieses Jahr wieder die Möglichkeit, mehrere Gruppen je 50 Personen zu einer Reise mit drei Übernachtungen nach Berlin einzuladen. Die Fahrt-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten der Berlin-Reise trägt das Bundespresseamt. Ebenfalls kostenfrei sind die Mahlzeiten in den Restaurants inklusive eines alkoholfreien Getränks. Für Sie fallen lediglich geringe Beträge für Trink- und Eintrittsgelder an.

DIE TERMINE FÜR DIESES JAHR LAUTEN:

28. bis 31. Juli 2024

Ferienfahrt, bevorzugt für Familien mit schulpflichtigen Kindern

27. bis 30. Oktober 2024

Die An- und Abreise der Gruppe erfolgt mit der Deutschen Bahn von und nach Stuttgart. Die Anfahrt zum Stuttgarter Hauptbahnhof und die Heimreise vom Stuttgarter Hauptbahnhof sowie dabei entstehende Kosten kann ich leider nicht übernehmen.

Neben einem Besuch im Reichstagsgebäude und einem Informationsvortrag über Arbeitsweise und Zusammensetzung des Deutschen Bundestages steht dabei auch ein Gespräch mit mir auf dem Programm. Und natürlich gibt es ganz viel Geschichte, Kunst und Kultur zu sehen. Politik hautnah erleben - besser als an diesen vier Tagen in Berlin geht es nicht!



Wenn Sie an einer der beiden Fahrten teilnehmen möchten, kontaktieren Sie mich einfach per Mail über judith.skudelny.wk@bundestag.de und nennen mir Ihren Wunschtermin! Sofern noch Plätze frei sind, erhalten Sie dann eine Teilnahmebestätigung. Bitte haben Sie Verständnis, dass möglichst vielen Menschen eine Teilnahme ermöglicht werden soll und daher Personen, die bereits früher an einer solchen Fahrt teilgenommen haben, grundsätzlich erst nachrangig berücksichtigt werden können. Bei allen Fragen stehen Ihnen mein Team und ich selbstverständlich gerne zur Verfügung!

Ich würde mich sehr darüber freuen, Sie bei einer der beiden Fahrten begrüßen und Ihnen den parlamentarischen Alltag in der Bundeshauptstadt näher bringen zu dürfen. Berlin ist schließlich am schönsten, wenn die Stuttgarterinnen und Stuttgarter zu Besuch sind!

Herzliche Grüße
Ihre Judith Skudelny

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE!



Susanne Winkler

Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart
Beisitzerin im Landesvorstand der LiF BW

Der internationale Frauentag, der jedes Jahr – weltweit – am 8. März gefeiert wird, spiegelt sich auch bei den Liberalen Frauen stets mit einer besonderen Veranstaltung auf der Jahresagenda wider. In Anbetracht der geopolitischen Entwicklungen fixierte man sich in diesem Jahr auf ein Land, in dem die Frauenrechte – seit dem NATO-Truppenabzug 2021 – fast völlig verloren gegangen sind: Afghanistan!

Eingeladen wurde zu diesem – nicht einfachen Themenkomplex – als Gastrednerin **Renata Alt, MdB** und Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Als weiteren Gast erwartete man **Parwana Ibrahimkhail Nijrabi**, eine afghanische Menschenrechtsaktivistin, die über ihre persönlichen unmittelbaren Erfahrungen mit den Taliban in Kabul berichtete. Als Übersetzerin unterstützte **Madina Yousofi**. Nach den begrüßenden und einleitenden Worten der Vorsitzenden, **Renate Iby**, übernahm **Maria Kalb**, Beisitzer LiF BV Stuttgart, die Moderation für den Abend. Sie umriss die aktuelle Gesamtlage und leitete sodann zum Gast aus dem Bundestag, Renata Alt, über. Alt, Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses und humanitärer Hilfe, startete mit einem detailliert historischen Einblick über das ehemalige Afghanistan. Im Vergleich zu den uns jetzt bekannten Bildern, war das Land 1919 durch die Thronbesteigung von Amanullah Khan in einem Aufschwung, was die Frauenrechte betraf. Inspiriert von der Modernisierung der Türkei unter Kemal Atatürk forcierte er nun ebenso Veränderungen, wie die Befürwortung der Monogamie, Bildung für Mädchen und Frauen und die Abschaffung der Ganzkörper-Burka. Leider stieß er damit, so die Erläuterungen von Renata Alt, auf gewaltigen Widerstand der unterschiedlichsten Stammesfürsten, was ihn

letztendlich nach Europa fliehen ließ. Nach diesem Sturz, der zunehmenden Entwicklungshilfe und unter Einfluss der UdSSR, waren Frauen in der Arbeitswelt nun plötzlich wieder mehr und mehr gefragt. In den 1970er-Jahren wurde das Heiratsalter erneut hochgesetzt und sogar die Schulpflicht eingeführt. Dies stieß jedoch abermals auf den harten Widerstand der religiösen Stammesgruppen. Der anschließende Aufstieg der Mudschaheddin und später der Taliban führte dazu, dass sich traditionelle islamische Regeln und die Beschränkung der Frauen auf ihre Häuser wieder zeitigten. Frauen aus konservativen Gemeinschaften empfanden zudem westliche, moderne Einflüsse als „korrupt“. Renata Alt „Doch die westlich orientierten Frauen suchten sich ih-



→ **Parwana Ibrahimkhail Nijrabi erzählt von ihrer Geschichte**



→ v.l.n.r.: **Juliane Becker, Maria Kalb, Aleefi, Renate Iby, Martina Weishaupt, Susanne Winkler, Parwana Ibrahimkhail Nijrabi, Claudia Schober und Madina Yousofi**

ren Weg, solange bis zum Truppenabzug 2021.“ In kürzester Zeit hat sich das Blatt – durch die Machtübernahme der Taliban – wieder gewendet und die altertümlichen Strukturen haben wieder Einzug gehalten. Frauen wurden aus dem öffentlichen Leben verbannt; wer sich dennoch traute und in der Öffentlichkeit für Freiheit und Selbstbestimmung protestierte, den ließ und lässt man die harte Hand des Gesetzes spüren. Parwana Ibrahimkhail Nijrabi erlebte, ja, überlebte diese furchtbare Zeit an einem für sie unbekanntem Ort, nachdem sie von den Taliban verschleppt wurde. 27 Tage in Dunkelhaft ... viele menschenverachtende Verhöre musste sie über sich ergehen lassen. Aber, sie gab nicht auf, ihr innerer Widerstand gab ihr die Energie, welche sie als

Menschenrechtsaktivistin ausmacht. Und so kämpft sie auch in Deutschland weiter ... für die Rechte der Kinder, Jugendlichen, insbesondere der Mädchen und Frauen; stets angetrieben von der nie endenden Hoffnung, eines Tages wieder in ihr Land – als freie Bürgerin – zurückkehren zu können. Nach den detaillierten Einführungen und der bewegenden Schilderungen entwickelte sich eine intensive Diskussion, die viele Facetten aufzeigte und die politischen Vorgehensweisen der Verantwortlichen über all die Jahre – auch kritisch – beleuchtete. Maria Kalb bedankte sich abschließend, sichtlich beeindruckt, bei den Referentinnen mit den Gedanken, dass der Kampf um Gleichberechtigung und Freiheit weltweit auf der Agenda stehen muss, wenn sich im Grundsatz etwas verändern soll. Einmal im Jahr nur daran zu denken ist zu wenig; Impulse helfen, geben Signale, doch für den Erfolg gibt es nur ein Wort mit drei Buchstaben und das lautet: TUN! Packen wir es also gemeinsam an! Gerade jetzt, in dieser schwierigen Zeit! Ein von Herzen kommendes Dankeschön an dieser Stelle an all die Aktiven, die die Liberalen Frauen in ihrem TUN stets unterstützen, fördern und begleiten und somit auch bei heiklen Themen der Vorfeldorganisation immer verlässlichen Rückhalt geben.



→ **Interessierte kamen aus der ganzen Region**

Gerne weisen wir jetzt schon auf die kommende Veranstaltung der Liberalen Frauen BV Stuttgart, eine **Unternehmensbesichtigung der Firma Börlind, am 20.06.2024 um 14 Uhr hin**. Wir werden von der Unternehmerin und Chefin der Firma, Daniela Lindner, persönlich empfangen und durch ihre Firma geführt.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, daher wird um eine schriftliche und verbindliche Anmeldung gebeten; diese geht bitte direkt an Gabriele Heise. E-Mail: rainheise@googlemail.com

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN IM 2. QUARTAL 2024

→ MAI 2024

-
- 4. 14:30 Uhr** Zentraler Infostand › Thema: Digitalisierung der Verwaltung › Schlossplatz (beim Witwer)
-
- 7. 18:00 Uhr** Neumitgliedertreff und Meet your Candidate › „Grillmeisterei“ auf dem Cannstatter Wasen
-
- 11. 14:30 Uhr** Zentraler Infostand › Thema: Mobilität › Schlossplatz (beim Witwer)
-
- 13. 19:30 Uhr** Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Kickers-Clubrestaurant, Königstraße 58
-
- 14. 10:00 Uhr** Zentraler Infostand › Kirchstraße/Ecke Stiftstraße
-
- 15. 16:00 Uhr** 24-Tage-Lauf für Kinderrechte vom 15. Mai bis 8. Juni 2024
› Sportanlage der Universität Stuttgart, Allmandring 28F
-

→ JUNI 2024

-
- 3. 17:00 Uhr** Abschlusskundgebung zu Europa mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Christian Lindner und Andreas Glück › Schlossplatz
-
- 7. 15:00 Uhr** Zentraler Infostand › Thema: Bildung › Schlossplatz (beim Witwer)
-
- 8. 14:30 Uhr** Zentraler Infostand › Abschluss des Wahlkampfes › Schlossplatz (beim Witwer)
-
- 9. 18:00 Uhr** Kreisverband › Wahlparty › EmiLu Design Hotel, Dachterrasse, Nadlerstraße 4
-
- 17. 19:30 Uhr** Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Brauereigaststätte Dinkelacker, „Braustüble“, Tübinger Str. 46
-

→ JULI 2024

-
- 15. 19:30 Uhr** Kreisverband › Kreisvorstandssitzung mit Kreisausschusssitzung mit Referent zu den Wahlergebnissen › Brauereigaststätte Dinkelacker, „Hopfenstube“, Tübinger Straße 46
-
- 20. 12:00 Uhr** Drachencup › Kanu-Gesellschaft Stuttgart e.V., Talstraße 207
-
- 22. 19:00 Uhr** Kreisverband › Wahlkreis-konferenz: Aufstellung Bundestagskandidaten 2025 und Wahl der Delegierten für die Landesvertreterversammlung › Ort wird noch bekannt gegeben
-
- 27. 13:00 Uhr** CSD-Demonstration › Start Rotebühlstraße
-
- 28. 13:00 Uhr** CSD-Straßenfest (Hocketse) › Markt- und Schillerplatz
-

→ SITZUNGEN UND WAHLKAMPFSTÄNDE DER ABTEILUNGEN FINDEN SIE AUF DER INTERNETSEITE DER FDP STUTTGART.

HANS G. MERKLE

03.09.1950 – 08.03.2024

Stadtgruppe Vaihingen

Herr Merkle war ein langjähriges und hoch angesehenes Mitglied des LFA Verkehr. Er wurde für sein enormes Fachwissen sehr geschätzt. Wissens- und faktenbasierte Entscheidungen waren sein Credo. Zum Thema Bahn und Verkehr konnte er außerordentlich viel beitragen. Ob das Fertigstellungsdatum des Gotthard-Basistun-

nels oder die Anzahl der Fahrzeuge auf der A8 am Kreuz Stuttgart – er wusste alles auf Knopfdruck und aus dem Kopf. Wenn man in Wikipedia etwas nicht finden konnte, konnte man jederzeit Herrn Merkle fragen. Wir werden ihn als Mensch und Fachmann vermissen

SVEN DREESENS

11.10.1964 – 25.02.2024

Stadtgruppe Plieningen/Birkach

ALESSANDRO MONASTRA-CIARELLO

15.03.1980 – 19.03.2024

Stadtgruppe Bad Cannstatt

**Wir werden unserem Parteifreunden
ein ehrendes Andenken bewahren.**

ABSCHLUSS- KUNDGEBUNG ZU EUROPA

**MIT MARIE-AGNES STRACK-ZIMMERMANN
CHRISTIAN LINDNER UND ANDREAS GLÜCK**

**MO., 3. JUNI 2024, 17 UHR
SCHLOSSPLATZ, STUTTGART**

[FDP-STUTTART.DE/TERMINE](https://www.fdp-stuttgart.de/termine)